LTW 2neu LTW-Programm - ÖKOLOGISCH

Antragsteller*innen:
Tagesordnungspunkt: 1. Landtagswahlprogramm

1. ÖKOLOGISCH

Nord- und Ostsee, Wattenmeer, Strände, Wälder, Seen, Grünland - Schleswig-Holstein ist von einer vielfältigen und einzigartigen Natur geprägt. Die Natur ist Grundlage allen Lebens – auch für uns Menschen. Naturschutz ist kein Luxus, sondern existenzielle Notwendigkeit! Der nachhaltige Umgang mit Ressourcen ist der Kern grüner Politik. Wir haben nur diese eine Erde und treten dafür ein, dass auch unsere Kinder und zukünftige Generationen ihre eigene Zukunft auf dieser Erde frei gestalten können.

Ökologische Politik wirkt auch sozialpolitisch. Sie schützt alle Menschen vor den gesundheitlichen und wirtschaftlichen Folgen verantwortungsloser Politik.

Besonders Schleswig-Holstein wird vom Klimawandel betroffen sein: Wetterextreme und der Anstieg des Meeresspiegels werden Landschaften und unsere gewohnte Umgebung verändern. Es liegt heute in unserer Verantwortung, den Klimawandel zu stoppen. In dieser Verantwortung machen wir Politik für Schleswig-Holstein!

Wir bringen Schleswig-Holstein voran, indem wir auf Nachhaltigkeit setzen: mit Klima- und Ressourcenschutz in der Wirtschafts- und Mobilitätspolitik, mit Umwelt- und Naturschutz, mit einer Neuorientierung in der Landwirtschaft.Dabei folgen wir dem Ansatz "Global denken, lokal handeln".

Umwelt- und Naturschutz / Wir bewahren die natürlichen Grundlagen für gutes Leben und erfolgreiches Wirtschaften

Die Natur ist die Grundlage allen Lebens. Ihr Schutz ist Voraussetzung für ein gutes Leben und erfolgreiches Wirtschaften. In der vergangenen Wahlperiode haben wir mit vielfältigen Maßnahmen und Gesetzen den Schutz der Natur verbessert. Das Landesnaturschutzgesetz, der Knickschutz, Wiedervernässung von Mooren und Auenwäldern, neue Naturschutzgebiete, Naturwälder und Meeresschutz standen auf unserer Agenda. Erfolge sind sichtbar: Seeadler, Fischotter, Biber, sogar der Wolf sind wieder da. Dennoch haben wir auch erhebliche Artenverluste vor allem bei Insekten und Wiesenvögeln zu verzeichnen.Die Hälfte aller Tier- und Pflanzenarten in Schleswig-Holstein ist in ihrem Fortbestand bedroht. Es gibt noch viel zu tun:
In der nächsten Wahlperiode werden wir die verschiedenen Maßnahmen in einer Landesstrategie zur Sicherung der biologischen Vielfalt zusammenführen, damit umfassende Erfolge zu erzielen sind.Wir wollen die kargen Straßenränder in blühende Wiesen umwandeln, die insbesondere in den blütenarmen Sommermonaten den Bienen und vielen anderen Insekten ein reichliches Pollen und Nektarangebot bereitstellen.
Die Landesentwicklungsstrategie zielt auf eine Überarbeitung der Regionalpläne, um den Flächenverbrauch etwa durch Siedlungen, Straßen und Gewerbegebiete zu verringern.
Bundesweit soll der Flächenverbrauch bis 2020 auf 30 Hektar pro Tag reduziert werden. Für Schleswig-Holstein streben wir eine Reduktion auf 1,5 Hektar pro Tag an. Bis 2030 wollen wir mithilfe eines intelligenten Flächenmanagements und –recyclings eine Netto-Null beim Flächenverbrauch erreichen.

Kollidierender Änderungsantrag: LTW 2.114: LTW-Programm - ÖKOLOGISCH

Die Natur ist die Grundlage allen Lebens. Ihr Schutz ist Voraussetzung für ein gutes Leben und erfolgreiches Wirtschaften. In der vergangenen Legislatur haben wir mit vielfältigen Maßnahmen und Gesetzen den Schutz der Natur verbessert. Das Landesnaturschutzgesetz, der Knickschutz, Wiedervernässung von Mooren und Auenwäldern, neue Naturschutzgebiete, Naturwälder und Meeresschutz standen auf unserer Agenda. Erfolge sind sichtbar: Seeadler, Fischotter, Biber, sogar der Wolf sind wieder da. Dennoch haben wir auch erhebliche Artenverluste vor allem bei Insekten und Wiesenvögeln zu verzeichnen. Es gibt noch viel zu tun: In der nächsten Legislatur werden wir die verschiedenen Maßnahmen in einer Landesstrategie zur Sicherung der biologischen Vielfalt zusammenführen, damit umfassende Erfolge zu erzielen sind.

Der Schutz gesunder Böden ist integrativer Bestandteil grüner Politik. Der Boden ist das einzige Umweltmedium, bei dem alle Versuche einer europaweiten Regelung bisher gescheitert sind. Dabei sind Böden umwelt-, klima- und nicht zuletzt wirtschaftspolitisch von hoher Bedeutung. Ihre vielfältigen Funktionen sind elementar für Mensch und Umwelt. Wir werden uns dafür einsetzen, dass sich der Bund in Brüssel für die Einführung einer EU-Bodenschutzrahmenrichtlinie stark macht.

Um der Flächenversiegelung zu begegnen, werden wir Projekte zur Entsiegelung versiegelter Flächen auch in Zukunft fördern.

Natur in gemeinsamer Verantwortung schützen

Vertragsnaturschutz- und Agrarumweltmaßnahmen sind für uns GRÜNE wichtige Instrumente zum Schutz der Natur und der biologischen Vielfalt in der vom Menschen geprägten Kulturlandschaft. Wir werden uns weiter dafür einsetzen, sie finanziell zu stärken. Wo Freiwilligkeit nicht ausreicht, setzen wir auf gesetzliche Regelungen.

Die Agrarumweltmaßnahmen wollen wir über die Umschichtung der europäischen Agrarsubventionen (Flächenprämie) in einer neuen integrierten Strategie ausbauen, die Umwelt und Landwirtschaft zusammendenkt. Das dient Umwelt und Tieren und sichert das Einkommen der Bäuer*innen.

Die Stiftung Naturschutz, die Naturschutzverbände, die lokalen Aktionen und die Freiwilligen im ökologischen Jahr sehen wir als starke und unerlässliche Partner, die wir auch weiterhin unterstützen.
Viele Tätigkeiten des Naturschutzes und der Landschaftspflege sind dazu geeignet, Geflüchtete zu integrieren. Wir werden bereits begonnene Kooperationen mit Organisationen der Flüchtlingshilfe stärken und den Ausbau neuer Netzwerke unterstützen. Auf diese Weise bringen wir ökologische und soziale Aspekte noch enger zusammen.
Die vier bestehenden Integrierten Naturschutz-Stationen im Land leisten einen wichtigen Beitrag für den Erhalt der biologischen Vielfalt und die nachhaltige Entwicklung unserer Regionen. Wir werden eine weitere Station in der Holsteinischen Schweiz einrichten.
Wir verbinden Naturschutz mit Natur-Tourismus und leisten damit auch einen Beitrag zur regionalen Wirtschaft.

Mit einem Landesprogramm „Grüne Infrastruktur“ wollen wir das Schutzgebiets- und Biotopverbundsystem in Schleswig-Holstein fortentwickeln.Die Pflege kulturgeprägter Lebensräume (wie z.B. Offenlandschaften oder Orchideenwiesen) oder durch Nährstoffeinträge beeinträchtigter Lebensräume (wie z.B. Küstendünen) werden wir sicherstellen.Gleichzeitig soll es ein Umsetzungsprogramm zur Entwicklung von Wildnisgebieten auf zwei Prozent der Landesfläche (gut 31.000 Hektar) geben.

Weiden, Wiesen, Knicks und Wälder

Für den Knick- und Grünlandschutz haben wir in dieser Wahlperiode viel erreicht. Wir werden die, zwischen Landwirt*innen und Naturschützer*innen vereinbarten Maßnahmen zur Pflege der prägenden Landschaftselemente sowie die gesetzlichen Bestimmungen zum Erhalt des arten- und strukturreichen Dauergrünlandes, weiter fördern und ausbauen.

Moorschutz- und Auenprogramme des Landes sind wichtige Instrumente des Klimaschutzes und der Entwicklung von biologischer Vielfalt. Vernässte Moore senken den Ausstoß klimaschädlicher Treibhausgase, die Renaturierung von Auen schafft wertvolle Lebensräume und schützt vor den Folgen von Hochwasser. Wir werden diese Programme auch zukünftig forcieren. Ob und wie wir weitere CO2-Senken schaffen können, wollen wir prüfen: etwa Terra Preta, oder der Einsatz von Holz als Bau- und Werkstoff.

Gemeinsam mit dem Landesjagdverband, der Arbeitsgemeinschaft Naturnahe Jagd und den Naturschutzverbänden wollen wir die Grundlagen für ein modernes Jagdrecht schaffen, das den Zielen des Arten- und Naturschutzes gerecht wird.

Erlegtes Wild soll verwertet werden und Tierarten, deren Bestände sehr klein oder nicht stabil sind, wollen wir vor der Bejagung schützen.

Ein neues Waldgesetz soll die naturnahe Waldbewirtschaftung sowie den Artenschutz im Wald stärken. Der landeseigene Wald hat dafür eine Vorbildfunktion. Wir werden die Organisationsstruktur der Schleswig-Holsteinischen Landesforsten untersuchen und gegebenenfalls umbauen. Ziel ist dabei auch eine stärkere Berücksichtigung der Allgemeinwohlleistungen.
Hierzu gehört auch die Berücksichtigung von Bildungsaufgaben, so sollen etwa Wald-Kindergärten Rechtssicherheit (z.B. durch eine baldige Änderung der Landesbauordnung) erhalten und ihre Bauwagen weiterhin in Wäldern aufstellen dürfen.

Verantwortungsvolle Naturschutzpolitik

Wir begrüßen es, dass nach vielen Jahrzehnten endlich wieder regelmäßig Wölfe durch Schleswig-Holstein ziehen. Das erfolgreiche Wolfsmanagement gilt es jetzt zu intensivieren und gemeinsam mit Landwirt*innen den Schutz der Schafherden zu verbessern. Die Rückkehr der Wölfe hat viele Menschen verunsichert, vor allem auch die Schäfer*innen. Die Ausbreitung des giftigen Jakobskreuzkrauts beunruhigt die Imker*innen, die vergrößerte Seeadlerpopulation ist im Konflikt mit dem Windkraftausbau, Kormorane fressen aus den Teichen der Fischer*innen, die Gänsepopulationen haben sich stark vermehrt und fressen an der Westküste die Erträge der Bäuer*innen. Natur zu schützen heißt auch, Zielkonflikten offen gegenüber zu stehen. Wir werden diesen Situationen nicht mit einer einäugigen Verordnungspolitik begegnen. Verantwortungsvolle Umweltpolitik sucht den Dialog mit allen Betroffenen. Wir werden weiter Lösungen erarbeiten, auch mit finanziellem

Ausgleich, die sowohl der ungebändigten Natur dienen wie auch dem Sicherheits- und Schutzbedürfnis des Menschen – ein nicht immer einfacher Ausgleich.

> Wir begrüßen es, dass nach vielen Jahrzehnten endlich wieder Wölfe durch Schleswig-Holstein ziehen. Das erfolgreiche Wolfsmanagement gilt es jetzt zu intensivieren. Gemeinsam mit Landwirt*innen werden wir etwa den Schutz der Weidetiere verbessern.
> Natur zu schützen heißt auch, Zielkonflikte zu erkennen und ihnen offen zu begegnen. Verantwortungsvolle Grüne Politik sucht den Dialog mit Beteiligten. Wir haben in Regierungsverantwortung dort, wo Naturschutz und Nutzen, Sicherheitsbedürfnis oder wirtschaftliche Interessen aufeinander treffen, den Dialog gesucht und Lösungen erarbeitet.

Sauberes Trinkwasser für alle

Unser Trinkwasser beziehen wir in Schleswig-Holstein zu fast 100 Prozent aus dem Grundwasser. Insgesamt ist es noch von guter Qualität. Wasserversorger warnen allerdings zunehmend vor den Folgen steigender Schadstoffbelastungen in unseren unterirdischen Wasserressourcen durch industrielle Schadstoffeinträge und immer höhere Pestizid- und Nitratbelastungen als Folge einer intensiven Landwirtschaft. Brunnenschließungen aufgrund intolerabler Schadstoffkonzentrationen zeigen, dass wir dringend handeln müssen.

Wir fordern ein striktes Düngemanagement und setzen uns für eine deutliche Reduzierung der Nährstoffeinträge ein. Unsere Stimme soll im Bund dazu beitragen, die nötigen Rechtsvoraussetzungen zu schaffen. Ausserdem setzen wir uns auf Bundesebene fürdie Einführung einer Steuer oder Abgabe auf Stickstoff und Pestizide als wirksames Instrument ein.

Entscheidend ist aber, dass wir im Land selbst Bescheid wissen über die Belastung des Grundwassers. Darum setzen wir uns für eine Modernisierung der Trinkwasserverordnung an zeitgemäße Anforderungen im Hinblick auf neue Schadstoffgruppen und eine Verbesserung der Trinkwasserüberwachung ein. Desweiteren werden wir mit einem "Fachbeirat Trinkwasserschutz", in den auch die Wasserversorger einbezogen sind, ein Pestizid- und Düngekataster erarbeiten. Es ist unser Ziel, die regelmäßig landesweit erhobenen Daten zur Grundwasserqualität transparent zusammenzuführen , die wir als Open Data der Öffentlichkeit zugänglich machen.

Wir setzen uns dafür ein, dass in Trinkwassergewinnungsgebieten strengere Auflagen durchgesetzt werden als bisher und diese auch wirksam kontrolliert werden, damit wertvolle Grundwasservorkommen auch für zukünftige Generationen noch nutzbar sind.

Die Ertüchtigung der kleinen Klärwerke bzw. der Anschluss kleinerer Gemeinden an leistungsfähige größere Klärwerke ist anzustreben, die nötigen Finanzmittel hierfür sind bereitzustellen. Der anfallende Klärschlamm muss umweltgerecht entsorgt werden und sollte nicht mehr auf landwirtschaftlichen Flächen verklappt werden.

Über die Einbeziehung der Uferrandstreifen in die Ökokontenverordnung wollen wir in den nächsten Jahren alle großen Fließgewässer mit einem zehn Meter breiten Randstreifen schützen.

Überall dort, wo es auf Grund der Beschaffenheit und des Umfeldes der Flächen für

Randstreifen ökologisch sinnvoll und möglich ist, sollen Blühstreifen entstehen. Zum Erhalt der biologischen Vielfalt und des natürlichen Artenspektrums fördern wir das Ausbringen autochthonen Saatguts.

Die mit dem Bauernverband geschlossene „Allianz für Gewässerschutz“ ist jetzt auf ihren Erfolg hin zu überprüfen und weiterzuentwickeln.
Die Anstrengungen zur Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie werden wir verstärken, insbesondere durch Maßnahmen zur Reduktion des Nährstoff- und Pestizideintrags am gesamten Gewässernetz in Schleswig-Holstein.

Schluss mit Ölbohrungen im Nationalpark Wattenmeer

Der Schutz des Wattenmeeres ist angesichts des Klimawandels und des damit verbundenen Anstiegs des Meeresspiegels eine Jahrhundert-Herausforderung. Küsten- und Naturschutz müssen hier zusammenarbeiten. Das Konzept „Wattenmeer 2100“ zeigt die Richtung auf. Dieses einzigartige Naturschutzgebiet wird noch immer stark genutzt. Es ist klar: Ölbohrungen gehören nicht ins Wattenmeer. Weitere Erkundungen und Bohrungen im Wattenmeer lehnen wir ab. Außerdem werden wir rechtssichere Möglichkeiten suchen, um die Förderung von fossilen Brennstoffen im Wattenmeer und gesamt Schleswig-Holstein so schnell wie möglich komplett zu beenden.Wir werden uns auf Bundesebene auch weiterhin mit aller Entschlossenheit dafür einsetzen, dass das aus der Kaiserzeit stammende Bundesbergrecht geändert wird, damit Erkundungen zukünftig rechtssicher untersagt werden können.In der Landesverordnung über die Feldes- und Förderabgabe werden wir die bisher absetzbaren Feldesbehandlungskosten schrittweise auf null reduzieren. Bisher können die Erdöl-Förderunternehmen neben den eigentlichen Förderkosten sogar noch Verwaltungskosten absetzen, das alles geht vom Förderzins und damit vom Anteil unseres Landes Schleswig-Holstein ab und bringt den Erdöl-Förderunternehmen unnötig hohe Gewinne.

Kollidierender Änderungsantrag: LTW 2.103: LTW-Programm - ÖKOLOGISCH

Der Nationalpark Wattenmeer ist als hochwertiges Schutzgebiet und Weltnaturerbe von internationaler Bedeutung und nicht nur ein wichtiger Beitrag Schleswig-Holsteins zum Naturschutz, sondern auch ein herausragender touristischer Wirtschaftsfaktor – beides wollen wir stärken. Die betreuenden Verbände werden wir weiterhin engagiert unterstützen.

Der Schutz des Wattenmeeres ist angesichts des Klimawandels und des damit verbundenen Anstiegs des Meeresspiegels eine Jahrhundert-Herausforderung. Küsten- und Naturschutz müssen hier zusammenarbeiten. Die „Strategie für das Wattenmeer 2100“ des Landes zeigt die Richtung auf.

Die Meere schützen - Fischerei nachhaltig gestalten

Der Nationalpark Wattenmeer ist als hochwertiges Schutzgebiet von internationaler Bedeutung. Er ist für den Naturschutz in Schleswig-Holstein von zentraler Bedeutung und zudem längst ein herausragender touristischer Wirtschaftsfaktor – beides gilt es zu stärken.

Kollidierender Änderungsantrag: LTW 2.129: LTW-Programm - ÖKOLOGISCH

Der Nationalpark als einzigartiges Schutzgebiet wird aber noch immer stark genutzt. Für uns ist klar: Ölbohrungen gehören nicht ins Wattenmeer. Weitere Erkundungen lehnen wir ab. Wir werden uns auf Bundesebene dafür einsetzen, dass das veraltete Bundesbergrecht so geändert wird, dass diese rechtssicher untersagt werden können.

Das betrifft genauso unsere anderen Schutzgebiete an Nord- und Ostsee. Die betreuenden Verbände werden wir weiterhin engagiert unterstützen.
Alle zwei Jahre soll der ökologische Zustand von Nord- und Ostsee in einem „Meeresbarometer“ evaluiert und öffentlich transparent dargestellt werden.

Die Meere schützen - Fischerei nachhaltig gestalten

Kollidierender Änderungsantrag: LTW 2.155: LTW-Programm - ÖKOLOGISCH

Wir wollen die regionale Krabbenfischerei erhalten und gleichzeitig einen effektiven Schutz sensibler Gebiete im Wattenmeer erreichen. Ähnlich dem „Muschelkompromiss“ für eine regulierte Muschelfischerei streben wir mit den Krabbenfischern und den betreuenden Verbänden eine Vereinbarung über die weitere Nutzung und die Einrichtung nutzungsfreier Zonen im Nationalpark an.

Die Schutzgebiete sind aber durch bestehende Nutzungen in ihrem Fischbestand, ihrer Funktion und ihrer Einzigartigkeit bedroht. Deshalb werden wir entsprechend internationaler Vorgaben und Vorbilder ein ausreichend großes Netzwerk von Jungfisch-Schutzzonen in Nord- und Ostsee einrichten, insbesondere in den bestehenden Schutzgebieten und den Tidebecken und darüber hinaus. Auch Ruhezonen in Offshore-Windparks wollen wir zur Erholung der Natur nutzen. Sie sichern zudem langfristig die Ertragsgrundlagen unserer heimischen Fischerei und bieten Attraktionen für sanften Tourismus.

Ersetze Zeilen 129 - 150

Die Schutzgebiete sind aber durch bestehende Nutzungen in ihrem Fischbestand, ihrer Funktion und ihrer Einzigartigkeit bedroht. Deshalb werden wir entsprechend internationaler Vorgaben und Vorbilder ein ausreichend großes Netzwerk von Jungfisch-Schutzzonen in Nord- und Ostsee einrichten, insbesondere in den bestehenden Schutzgebieten, im Watt orientiert an den Tidebecken, aber erforderlichenfalls auch darüber hinaus.

In den Wattenmeer-Nationalparks sollen mindestens drei Viertel der Tidebecken für Grundschleppnetze geschlossen werden, damit sich die Fischbestände und der Meeresboden erholen können. Im ufernahen Flachwasserbereich der Ostsee soll die Kutterfischerei mit Netzen in einem Bereich bis 3000 Meter zur Küstenlinie eingestellt werden. Dies gilt als erstes in den FFH-Gebieten.

Ein Kurswechsel ist dringend notwendig weil die Grundschleppnetzfischerei den Meeresboden mit allen dortigen Pflanzen und Tieren in regelmäßigen Abständen umpflügt und dadurch, auch im Nationalpark, das Ökosystem immens beeinträchtigt.

Offshore-Windparks sollen Schutzzonen für die Natur unter Wasser bleiben. Sie sichern zudem langfristig die Ertragsgrundlagen der heimischen Fischerei.

In freiwilligen Vereinbarungen oder der Gesetzgebung soll sich deutlicher als bisher wiederspiegeln, dass das Fischen mit Grund- und Stellnetzen in Meeresschutzgebieten und Flachwasserzonen verringert werden muss.

Wir suchen den Dialog mit den Fischer*innen, dem Naturschutz und der Forschung, um neue, naturschonende Verfahren zu entwickeln und zu fördern.

Küstenferne Gebiete mit Ansammlungen von Tauchvögeln sollen während der gesamten Rastperiode der Tauchvögel für die Stellnetzfischerei geschlossen werden

Um die Fischbestände zu sichern, werden wir uns dafür einsetzen, dass auch die Freizeitfischerei zukünftig in die Festsetzung von wissenschaftlich fundierten Fangquoten einbezogen sowie konsequent kontrolliert wird. Für von besonders bedrohten Teilbeständen betroffene Fischer*innen werden wir Überbrückungs- und Umstiegshilfen anbieten.

Wir wollen es unserer handwerklichen Fischerei ermöglichen, auch in Zukunft nachhaltig und umweltschonend zu wirtschaften. Dabei werden wir auch Mittel aus dem EU-Fischereifonds einsetzen, um die Küsten- und Binnenfischerei umweltverträglich weiterzuentwickeln. Für besonders bedrohte Teilbestände werden wir Überbrückungs- und Umstiegshilfen anbieten.

Um die Fischbestände dauerhaft zu sichern und Arten zu erhalten, halten wir der wissenschaftlichen Expertise entsprechende Fangquoten und detaillierte Regelungen (z.B. zu Beifang und no-take-zones) für erforderlich. Auch die Freizeitfischerei soll über die Einbeziehung ein die Quotenregelung einen angemessenen Beitrag zur Schonung der Bestände leisten.

Gefährliche Altmunition aus dem Meer bergen

Immer noch belasten geschätzte 1,6 Millionen Tonnen Munitionsreste die Umwelt in Nord- und Ostsee. Aufgrund hoher Durchrostungsgrade drängt die Zeit.Wir bekräftigen daher unsere Forderung nach der Einführung eines Munitionskatasters, in dem die Lage und Art der Munitionsreste zusammengetragen und diese Informationen als Open Data zur Verfügung gestellt werden.

In der vergangenen Legislatur wurden, ausgehend von Schleswig-Holstein, alternative Bergungstechnologien entwickelt, so dass Munition, ohne die bislang bei Sprengungen übliche Gefährdung der Meeressäuger, geborgen werden kann. In der nächsten Legislatur wollen wir diese Technik in Schleswig-Holstein zum Einsatz bringen.

Wir werden uns auf nationaler und europäischer Ebene dafür einsetzen, dass die Bergung atomarer militärischer Hinterlassenschaften der Sowjetunion und des verklappten Atommülls verschiedener Staaten finanziert wird. Dazu werden wir auch die Arbeitsgemeinschaft der Anrainer-Staaten von Nord- und Ostsee ggf. in zwei getrennten Runden nutzen, um das Problem des verklappten Atommülls und der gesunkenen Atom-Uboote zu lösen. Wir können nicht darauf hoffen, dass die Meere diese Probleme für uns irgendwann lösen werden, das müssen wir zumindest mit den strahlenden Abfällen, die überhaupt noch zu bergen sind, schon selber machen.

Kollidierender Änderungsantrag: LTW 2.105: LTW-Programm - ÖKOLOGISCH

Die Bund-Länder-Arbeitsgruppe Munitionsaltlasten leistet unter der Federführung von Schleswig-Holstein gute Arbeit, die wir auch weiterhin unterstützen. Insbesondere die Forschung und Entwicklung umweltschonender Bergungstechniken, die Sprengungen vermeiden, wollen wir weiter vorantreiben und schnellst möglich zum Einsatz bringen.

Unser Einsatz gegen Schadstoffe in Gewässern

Die Belastung der Meere und Gewässer mit Müll, Schadstoffen und Dünger nimmt zu. Insbesondere Kunststoffabfälle und chemische Schadstoffe reichern sich in der Meeresumwelt dramatisch an und bedrohen das Ökosystem. Am Ende landen diese Schadstoffe über die Fischerei wieder auf unseren Tellern.

Darum werden wir mit den Forschungs- und Fördermöglichkeiten des Landes die Suche nach Alternativen, Rückhaltemöglichkeiten und Reinigung der Meere von Plastik- und Schadstoffen vorantreiben.

Wir wollen dafür sorgen, dass auch die deutschen Nordseehäfen die Müllentsorgungsgebühren in die Liegegebühren integrieren, wie es in den deutschen Ostseehäfen bereits üblich ist. Auch die Schiffahrt muss ihren Teil zum Erhalt unserer Ökosysteme leisten und darf ihren Müll nicht länger einfach auf dem Meer entsorgen.

Wir unterstützen daher ausdrücklich die Ziele und Maßnahmen der EU-Meeresstrategierahmenrichtlinie zur Verminderung des Eintrags von Schadstoffen und Abfällen in die Meere und setzen uns für eine konsequente und zeitnahe Umsetzung der EU-Meeresstrategierahmenrichtlinie sowie eine umfassende Reduktion von kritischen Produkten und Produktionsmethoden ein, etwa von Plastik. Zur Reduktion von Schadstoff- und Nährstoffeinträgen werden wir auch das produzierende Gewerbe und die Landwirtschaft stärker in die Pflicht nehmen.

Die Aufstellung von Strandmüllboxen, Fishing-for-Litter (Müllsammeln) und plastikfreie Kommunen sind für uns Anliegen, die wir auch in Zukunft unterstützen.

An Küsten und im Binnenland beim Hochwasserschutz neue Wege gehen

Klimawandel, Meeresspiegelanstieg und Starkregen sind für unser Land Herausforderungen, die neue Wege verlangen. Wir haben mit Strategien wie "Wattenmeer 2100" und neuen Strategien im Küsten- und Binnenlandschutz wichtige Impulse gesetzt. Wir werden sie weiterentwickeln und mit konkreten Maßnahmen hinterlegen.

Wir wollen dort, wo es auf Grund der örtlichen Begebenheiten möglich ist, verrohrte und überbaute Gewässerabschnitte wieder öffnen und diese ihrer natürlichen Dynamik überlassen. Bachverrohrungen stehen im völligen Gegensatz zu den hydrologischen, biologischen und ökologischen Aufgaben eines Gewässers. Ein offenes Gewässer ist in der Lage bei Hochwasser, Starkregen und Schneeschmelze Oberflächenwasser schnell aufzunehmen und abzuleiten, das kann ein verrohrtes Gewässer in der Regel nicht leisten. Neue Bachverrohrungen, beispielsweise im Rahmen von Wohn- oder Gewerbeflächenerweiterungen oder Neuerschließungen sollen künftig bereits in der Planungsphase vermieden werden. Dort, wo sie bereits bestehen, sollte der Rückbau im Rahmen von Renaturierungsprojekten erfolgen. Hierbei wird zudem die ökologische Durchgängigkeit für Fische und andere aquatische Organismen deutliche verbessert oder erst möglich gemacht.

Den Menschen das Meer erlebbar machen

Immer mehr Menschen verlieren den Bezug zu den Meeren. Wir fördern Projekte, die vor allem jungen Menschen den Umgang mit unseren Meeren und Gewässern vermitteln. Flora und Fauna in Nord- und Ostsee sollen jungen Schleswig-Holsteiner*innen vertraut sein.

Mit mehr Stadtgrün zu mehr biologischer Vielfalt

Mehr Grün in den Städten – mit Parks, Stadtbäumen, grünen Fassaden, Dachgärten und Staudenfluren. Das ist unser Anliegen. So können die Städte selbst wirksame Projekte zur CO2-Bindung und darüber hinaus zur Abkühlung bei Hitze infolge des Klimawandels leisten. Dies ist außerdem ein wertvoller Beitrag zu sauberer Luft,

neuen Lebensräumen und biologischer Vielfalt. Wir wollen die Städtebauförderungsprogramme verstärkt nutzen, um Stadtbegrünung zu schaffen und uns dafür einsetzen, dass Klimaschutzaspekte Teil der Städtebauförderung werden. Öffentliche Gebäude sollten eine Vorbildfunktion beim ressourcenschonenden Bauen, bei der Nutzung von Solarenergie und beim Artenschutz an Gebäuden übernehmen.Die Pflege von Straßenrandflächen soll landesweit im Sinne des Artenschutzes optimiert werden.

Wir unterstützen die Idee des "Urban Gardening" und "Urban Farming". Durch gemeinschaftliches Gärtnern und Bewirtschaften wird wieder ein Stück Natur sowie Wissen über die Erzeugung von Lebensmitteln in die Stadtgeholt.
Die Kleingartenvereine leisten mit ihrer Zusammenarbeit mit Schulen und der Integration von Migrant*Innen hier einen hervorragenden Beitrag, den wir auch weiter unterstützen wollen.

Vom Müll zum wertvollen Grundstoff

Ressourcenschutz heißt neben sparsamem Umgang mit natürlichen Rohstoffen auch, viel von dem wiederzuverwerten, was wir wegwerfen. Entscheidend ist, dass wir möglichst wenig frische Rohstoffe verwenden. Wir wollen viel mehr Stoffe aus Haushalten, Gewerbe, Handel, Landwirtschaft oder Industrie, die nur scheinbar nicht mehr benötigt werden, zumindest zur Rückgewinnung von Rohstoffen nutzen. Dafür brauchen wir ein Wertstoffgesetz, das diesen Namen auch verdient. Wir werden uns von Schleswig-Holstein aus beim Bund dafür einsetzen, weil es unser Wunsch ist, die Müllverbrennung zu minimieren und unsere Atmosphäre nicht mehr weiter als unsichtbare Müllhalde zu missbrauchen.

Umweltfreundliche und energieeffiziente Beschaffung

Für uns GRÜNE ist wichtig, dass bei der Vergabe öffentlicher Aufträge durch das Land soziale Standards und Nachhaltigkeitskriterien eingehalten werden. Wir werden die guten Ansätze, die es bereits in der Landesbeschaffungsordnung gibt, auf ihre nachhaltige Wirkung überprüfen und bei Bedarf nachsteuern.

Umwelt@Digital

Im Rahmen einer Open-Data-Strategie ist es unser Ziel, alle Umweltdaten (Wasserqualität, Allergie-auslösende Pflanzen, Belastungen usw.) in maschinenlesbaren Formaten für die Öffentlichkeit bestmöglich nutzbar zu machen.

Auch die Informationstechnologie muss effizienter werden. Wir werden uns dafür einsetzen, nicht nur den Stromverbrauch zu reduzieren – etwa durch Rechenzentren, deren Abwärme genutzt wird oder durch digitale Wartungs-, Steuerungs- und Regeltechnik. Wir setzen uns dafür ein, dass möglichst alle Rohstoffe entlang der IT-Wertschöpfungskette im Rahmen einer Green-IT-Strategie in den Blick genommen werden.

Wir wollen Kinder und Jugendliche durch neue digitale Angebote in ihrem Interesse für Natur fördern. Dazu werden wir prüfen, wie ein landesweites Netzwerk aus Museen, Umweltzentren und Jugendverbänden aufzubauen ist.

Auf den Punkt

- Wir werden eine Landesstrategie zur Sicherung der biologischen Vielfalt und zur Reduzierung der Flächenversiegelung in Schleswig-Holstein erarbeiten,
- eine weitere Integrierte Naturschutz-Station in der Holsteinischen Schweiz errichten,
- mit einem Landesprogramm „Grüne Infrastruktur“ das Schutzgebiets- und Biotopverbundsystem in Schleswig-Holstein weiterentwickeln,
- mit einem "Fachbeirat Trinkwasserschutz" ein Pestizid- und Düngekataster als Open Data anlegen,
- die Munitionsaltlasten in den Meeren weiter erfassen sowie alternative Bergungstechnologien erforschen und einsetzen,
- Stadtbegrünung in Städtebauförderungsprogramme aufnehmen.

Agrarwende / Unsere bäuerliche Landwirtschaft ist ertragreich und wettbewerbsfähig mit Umweltschutz und gesunden Lebensmitteln

Wir leben in Schleswig-Holstein in einer Natur- und Kulturlandschaft. Bäuerliche Strukturen prägen unser Land. Rund 70 Prozent der Fläche wird landwirtschaftlich genutzt. Mit unserer Agrarpolitik erhalten wir diese einmalige Landschaft und geben den Bäuer*innen eine wirtschaftliche Perspektive.

Eine nachhaltige bäuerliche Landwirtschaft ist Ziel unserer Politik. Die Bäuer*innen der Zukunft erzeugen hochwertige Lebensmittel, sichern die Artenvielfalt, schonen unsere Gewässer, bringen Arbeitsplätze und Wertschöpfung in den ländlichen Raum und stellen Flächen für Windparks und Dachflächen für Solaranlagen zur Verfügung, die wir für die Energiewende benötigen.

Soweit auf Landesebene möglich, wollen wir die Grundsätze der guten fachlichen Praxis für unsere Landwirtschaft weiterentwickeln.

Unser Ziel ist dabei eine standortangepasste, den Boden und die Gewässer schonende Bewirtschaftung. Diese und weitere Mindeststandards müssen auf der gesamten landwirtschaftlichen Fläche eingehalten werden. Wir müssen dafür sorgen, dass sich alle an das bestehende Agrarumweltrecht halten. Wir werden die Einführung der Pestizidsteuer und Stickstoffabgabe als wirksame Lenkungsinstrumente für die landwirtschaftliche Erzeugung voranbringen.

Faire Preise für gute Nahrungsmittel

Wir setzen uns für ein Ende der auf Preisdumping und einseitig auf Exporte ausgerichteten Lebensmittelerzeugung ein. Die systembedingte Exportorientierung vieler Landwirte vor allem bei Fleisch- und Milchprodukten macht die Märkte bei uns und weltweit kaputt. Die Milchkrise ist nur ein aktuelles Beispiel dafür. So kommen bäuerliche Betriebe in Existenznot. Für die Durchsetzung fairer Preise reicht das Kartellrecht nicht aus. Dafür brauchen wir die Möglichkeit, über EU-weite allgemeinverbindliche Maßnahmen die Menge an die Nachfrage der Märkte anzupassen. Wir streben eine Verbesserung der sozialen Lage vieler in der Landwirtschaft, im

Gartenbau und entlang der Lebensmittelerzeugung Beschäftigten und ihrer Familien an. Steigende Anforderungen an Umweltschutz, Tierwohl sowie Arbeitsplatzqualität können langfristig nur über auskömmliche Preise sichergestellt werden.

Kollidierender Änderungsantrag: LTW 2.235: LTW-Programm - ÖKOLOGISCH

Wir setzen uns für ein Ende der auf Preisdumping und einseitig auf Exporte ausgerichteten Lebensmittelerzeugung ein. Diese Ausrichtung führt zu einer Abhängigkeit von sogenannten Weltmarktpreisen, die den Begriff des „Marktes“, der ja auch freie Marktteilnehmer voraussetzt, aushöhlt. Eine einseitige Politik der Exportorientierung macht die Märkte bei uns und weltweit kaputt und drückt bäuerliche Betriebe an die Wand. Steigende Anforderungen an Umweltschutz, Tierwohl sowie Arbeitsplatzqualität können langfristig nur über auskömmliche Preise erbracht werden. Für die Durchsetzung fairer Preise reicht das Kartellrecht nicht aus. Dafür brauchen wir die Möglichkeit, über EU-weite allgemeinverbindliche Maßnahmen die Menge an die Nachfrage der Märkte an zu passen. Wir streben mit verschiedenen Maßnahmen eine Verbesserung der sozialen Lage vieler in der in der Landwirtschaft und im Gartenbau und entlang der Lebensmittelerzeugung Beschäftigten und ihrer Familien an.

Europäische Gelder für das Leitbild einer ökologischen Landwirtschaft

Der ökologische Landbau ist unser Leitbild für eine zukunftsfähige Landwirtschaft. Ökologischer Landbau ist Kreislaufwirtschaft. Sie ist ausgerichtet auf den Erhalt der biologischen Vielfalt, auf eine stabile Regionalentwicklung und die Vermeidung von Landflucht, auf die nachhaltige Nutzung der Ressourcen Boden und Wasser, die Stabilisierung landwirtschaftlicher Einkommen und des Klimaschutzes. Europäische Fördergelder sollen künftig einen Anreiz geben, dass sich die konventionelle Landwirtschaft systematisch ökologisiert.

Die Agrarpolitik ist europäisch gestaltet. Trotzdem gibt es vielfältige Möglichkeiten regional zu steuern. Unser Leitsatz heißt: öffentliche Gelder für öffentliche Leistungen .Das gilt sowohl für den Naturschutz als auch für Boden- und Gewässerschutz, faire soziale Verteilung als auch für Tierwohl und die Entwicklung der ländlichen RäumeSo werden wir in der laufenden EU-Haushaltsperiode bis 2020/22 in Bundessrat und Agrarministerkonferenzen darauf drängen, alle Möglichkeiten der Europäischen Union wahrzunehmen, um die Gelder auf nationaler Ebene umzuschichten. Dazu gehören die Umwidmung von 15 Prozent – statt bisher 5 Prozent – der Mittel in die zweite Säule der ländlichen Entwicklung sowie Degression und Obergrenzen bei den Direktzahlungen. Solange es Direktzahlungen gibt, müssen sie an eine wirksamere ökologische und soziale Qualifizierung gebunden sein.

Wir werden für den ökologischen Landbau die Umstellungs-und Beibehaltungsförderung auf hohem Niveau fortsetzen und – soweit rechtlich möglich – die Beteiligung an zusätzlichen Agrarumweltmaßnahmen zulassen. Nach finanziellen Kräften werden wir Agrarumweltmaßnahmen ausbauen und daran arbeiten, dass für die teilnehmenden Betriebe auch eine Gewinn- und Risikokomponente bei der Förderung einfließen kann. Mit Programmen zu vielfältigen Fruchtfolgen ist auch zukünftig der Anbau von Eiweißpflanzen wie Lupine, Bohne und Erbse als Alternative zum Gensoja voranzutreiben.

Wir streben noch in dieser Förderperiode eine weitere Umschichtung der europäischen Mittel an, um handwerkliche Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen in der jeweiligen Region auszubauen.

Die Förderung der Beratung aus EU Mitteln wollen wir insbesondere für den Ökolandbau fortzusetzen. Das "Netzwerk Ökolandbau" soll nach Abschluss der Projektphase fest etabliert werde. Damit soll die Vernetzung der Akteur*innen in der ökologischen Produktionskette zu einem „Landeskompetenzzentrum Ökolandbau“ unter Einbeziehung der Wissenschaft weiter ausgebaut werden.

Ökolandbau als Bestandteil der Ausbildung zum Landwirt

Hoch- und Fachhochschulen müssen sich auf die neuen wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Anforderungen an die Landwirtschaft und die Lebensmittelketten einstellen. Angehende Landwirt*innen sollen grundlegende Kenntnisse der ökologischen Wirtschaftsweise erlernen. Im Bereich der beruflichen Ausbildung ist der Ökolandbau als prüfungsrelevanter Baustein im Lehrplan zu verankern. Darüber hinaus streben wir an, für mindestens ein Ausbildungsjahr eine Fachklasse "ökologischer Landbau" einzurichten. Um den Herausforderungen der kommenden Jahrzehnte gerecht zu werden, muss Ökolandbau auch in der Fachlehrer*innenaus- und Fortbildung an Bedeutung gewinnen.

Mehr grüne Wiesen und Weiden für unsere Landschaft

Grünland und die Beweidung vieler Flächen gehören traditionell zum Bild des Landes zwischen den Meeren. Das ist nicht nur gut für das Tierwohl, die

Lebensmittelqualität, die Artenvielfalt und den Klimaschutz. Es ist auch eine wichtige Basis für Einkommen und Tourismus. In der vergangenen Legislatur haben wir ein Dauergrünlanderhaltungsgesetz geschaffen und altes Grünland auch im Landesnaturschutzgesetz geschützt. Seitdem steigt der Anteil von Wiesen und Weiden wieder in Schleswig-Holstein, der Maisanbau ist um ein Achtel zurückgegangen. Diese Tendenz wollen wir weiter absichern. Denn Grünland hat eine wichtige Funktion als Kohlenstoffsenke, für den Wasserhaushalt und für die biologische Vielfalt.

Mit Agrarumweltmaßnahmen wollen wir nicht nur eine neue Vielfalt auf den Acker bringen und die Qualität von Grünland für den Natur- und Artenschutz steigern. Dem starken Abbau von als Dauergrünland bewirtschafteten Mooren kann kurzfristig durch geeignete Managementmaßnahmen wie höhere Wasserstände begegnet werden. Wir streben dazu Vereinbarungen mit den Eigentümern und den Wasser- und Bodenverbänden an. Die getroffenen Zielvereinbarungen mit den Wasser-und Bodenverbänden zur Gewässerunterhaltung werden wir kritisch prüfen und weiter entwickeln.

Wir wollen Grünland durch verschiedene Agrarumweltmaßnahmen wieder in Wert setzen und den Anteil im Land erhöhen. Dem starken Abbau von Mooren, die als Dauergrünland bewirtschaftet werden, werden wir kurzfristig durch geeignete Managementmaßnahmen wie höhere Wasserstände begegnen. Wir streben dazu Vereinbarungen mit den Eigentümern und den Wasser- und Bodenverbänden an.

Bauernhöfe sichern – keine Privilegien für Tierfabriken

Viele Landwirt*innen sind der Logik der immer billigeren Produktion und des „Wachse oder Weiche“ gefolgt und haben auf immer größere Stallanlagen gesetzt, um die Produktionskosten zu reduzieren. In Folge dessen mussten bereits viele kleine Betriebe aufgeben, die Viehhaltung konzentriert sich in immer weniger immer größeren Betrieben. Das zerstört nicht nur Existenzen und die Struktur einer bäuerlichen Landwirtschaft, sondern hat auch Konsequenzen für Umwelt- und Tierwohl und führt zu regionalen Ungleichgewichten bei der Verteilung der Viehhaltung im Land.

Durch die konzentrierten Emissionen kommt es zu Umweltproblemen und bei systembedingtem Medikamenteneinsatz zur Bildung von multiresistenten Keimen. Diese Fehlentwicklung wird möglich durch Importe billiger Futtermittel, eine unzureichende Düngeverordnung, ein unzulängliches Tierschutzrecht sowie aufgrund fehlender verpflichtender Kennzeichnung für Verbraucher*innen über die Art der Erzeugung.

Wir setzen uns für eine flächengebundene Tierhaltung ein und haben durch Maßnahmen, wie den Filtererlass, landespolitische Spielräume genutzt. Verbesserungen im Baurecht wurden durch unseren beharrlichen Druck auf Bundesebene erreicht. Wir treten weiterhin dafür ein, dass große Stallanlagen, die nach dem Bundesimmissionsschutzrecht genehmigt werden müssen, nicht länger privilegiert gebaut werden dürfen, sondern nur mit kommunaler Beteiligung über ein öffentliches B-Plan-Verfahren.

Mit Initiativen im Verbraucherrecht, Immissionsrecht, Tierschutzrecht und Baurecht wollen wir die Benachteiligung bäuerlicher Erzeugung gegenüber Agrarfabriken beseitigen. Investitionsförderprogramme konzentrieren wir auf innovative tiergerechte und ökologische Projekte. Dabei sollen auch Umbaulösungen im Bestand besonders berücksichtigt werden.

_

Einrichtung einer Expert*innenkommission zur Überwindung der industriellen Massentierhaltung

Wir werden eine Enquete-Kommission zur Überwindung der industriellen Massentierhaltung sein. In enger Zusammenarbeit mit dem Bauernverband, ProVieh, den Naturschutzverbänden und anderen soll der Weg für einen langfristigen Ausstieg geplant werden.

Lernen auf dem Bauernhof

Bauernhöfe können mehr sein als Orte der Nahrungsmittelproduktion. Schüler*innen sollen im Unterricht lernen, wie Lebensmittel erzeugt werden. Zum Schuljahr 2017 haben wir ein entsprechendes Schulprogramm eingeführt, mit dem Grundschulkinder erfahren, woher die Lebensmittel kommen. In der nächsten Wahlperiode wollen wir das Programm zum Erfolg führen. Dafür ist die Beteiligung der Verbände und Institutionen aus Landwirtschaft, Umwelt, Tierschutz, Verbraucher*innen und Kirchen erforderlich.

Unsere Kinder kommen in Kindertagesstätten und Schulen nur noch selten mit frischen saisonalen Lebensmitteln aus der Region in Kontakt. Mit der Möglichkeit einer Teilnahme am EU-Schulobst-, Gemüse- und Milchprogramm werden wir besonders in sozialen Brennpunkten Impulse für die Ernährungsbildung setzen.

Für eine regionale und ökologisch ausgewogene Schul- und Kitaverpflegung gibt es viele Beispiele in Schleswig-Holstein. Diese Projekte unterstützen wir weiter.

Am besten regionale und ökologisch erzeugte Produkte

Vor dem Hintergrund der globalen Gerechtigkeit und mit Blick auf Tierwohl und den zwingend notwendigen Beitrag der Landwirtschaft zum Klimaschutz ist es geboten, unsere Essgewohnheiten zu ändern. Was auf unserem Teller liegt, hat Einfluss darauf, was in anderen Teilen der Welt passiert: Wasserknappheit, die Vertreibung von Menschen und Eingriffe in das Ökosystem, wie die Abholzung von Regenwald und die Umwandlung von Savannen (Grasland) in Ackerflächen für Soja und Mais, werden durch unser Essverhalten mit verursacht. Wir wollen niemandem vorschreiben, wie man

sich zu ernähren hat. Aber wir wollen Beispiele bieten und dafür werben, in Mensen und Kantinen des Landes ökologisch und regional erzeugte Produkte bevorzugt einzusetzen.Klima- und Tierschutz beginnen auf dem Teller. Wir unterstützen Initiativen zur Ausweitung vegetarischer und veganer Angebote in öffentlichen Kantinen.

Kollidierender Änderungsantrag: LTW 2.75: LTW-Programm - ÖKOLOGISCH

Vor dem Hintergrund der globalen Gerechtigkeit und mit Blick auf Tierwohl und die ungenutzten Möglichkeiten der Landwirtschaft zum Klimaschutz ist es geboten, den Fleischkonsum zu reduzieren. Was auf unserem Teller liegt, hat Einfluss darauf, was in anderen Teilen der Welt passiert: Wasserknappheit, die Vertreibung von Menschen und Eingriffe in das Ökosystem, wie die Abholzung von Regenwald und die Umwandlung von Savannen (Grasland) in Ackerflächen für Soja und Mais, werden durch unser Essverhalten mit verursacht. Wir wollen Beispiele bieten und dafür werben, in Mensen und Kantinen des Landes ökologisch und regional erzeugte Produkte bevorzugt einzusetzen.Klima- und Tierschutz beginnen auf dem Teller. Wir unterstützen Initiativen zur Ausweitung vegetarischer und veganer Angebote in öffentlichen Kantinen

Kollidierender Änderungsantrag: LTW 2.74: LTW-Programm - ÖKOLOGISCH

Was auf unserem Teller liegt, hat Einfluss darauf, was in anderen Teilen der Welt passiert: Wasserknappheit, die Vertreibung von Menschen und Eingriffe in das Ökosystem, wie die Abholzung von Regenwald und die Umwandlung von Savannen (Grasland) in Ackerflächen für Soja und Mais, werden massiv durch unser Essverhalten mit verursacht. Insbesondere der hohe Konsum von Fleisch, aber auch tierischer Produkte insgesamt, treibt diese Problematiken mit an.
Wir können niemandem vorschreiben, wie man sich zu ernähren hat. Aber wir wollen Beispiele bieten und dafür werben, in Mensen und Kantinen des Landes ökologisch und regional erzeugte Produkte bevorzugt einzusetzen.

Kollidierender Änderungsantrag: LTW 2.32: LTW-Programm - ÖKOLOGISCH

Vor dem Hintergrund der globalen Gerechtigkeit und mit Blick auf Tierwohl und die ungenutzten Möglichkeiten der Landwirtschaft zum Klimaschutz ist es geboten, den Fleischkonsum zu reduzieren. Was auf unserem Teller liegt, hat Einfluss darauf, was in anderen Teilen der Welt passiert: Wasserknappheit, die Vertreibung von Menschen und Eingriffe in das Ökosystem, wie die Abholzung von Regenwald und die Umwandlung von Savannen (Grasland) in Ackerflächen für Soja und Mais, werden durch unser Essverhalten mit verursacht. Wir können niemandem vorschreiben, wie man sich zu ernähren hat. Aber wir wollen Beispiele bieten und dafür werben, in Mensen und Kantinen des Landes ökologisch und regional erzeugte Produkte bevorzugt einzusetzen.

Die Verschwendung von Nahrungsmitteln ist eine Misere. 22 Millionen. Tonnen produzierte Lebensmittel mit einem Gegenwert von 22 Milliarden. Euro werden jedes Jahr in Deutschland weggeworfen. Das System von Erzeugung, Verkauf und Verbrauch ist aus der Balance geraten. Wir werden deswegen ein Aktionsprogramm gegen Lebensmittelverschwendung initiieren. Das Ziel: eine bundesweite Regelung in Supermärkten und entlang der Lebensmittelkette zu etablieren.

Schleswig-Holsteins Äcker bleiben gentechnikfrei

Dass unsere Landwirtschaft und die bei uns erzeugten Nahrungsmitteln frei von Gentechnik sind, ist ein großer Standortvorteil für Schleswig-Holstein. Um dies abzusichern, brauchen wir neben strengeren europäischen Regeln wirksame bundeseinheitliche Anbauverbote für gentechnisch veränderte Pflanzen. Wir fordern eine Änderung der EU-Verordnung, damit Gentechnik im Futter verbindlich gekennzeichnet wird.

Wie wollen in Land, Bund und EU hinwirken auf ein Importverbot in die EU von genmodifizierten Getreidearten und Leguminosen, die mittels Glyphosat angebaut werden.

Honigbienen und Wildbienen – wir brauchen sie

Imker*innen tragen mit ihren Bienenvölkern wesentlich zur Sicherung unserer Nahrungsgrundlagen und zum Erhalt unserer Kulturlandschaften bei. Die Bestäubungsleistung von Bienen, aber auch von anderen Insekten, ist zum Erhalt der Artenvielfalt und zur Ertragssteigerung von Kulturpflanzen unersetzlich. Durch Pestizideinsatz und Monokulturen sind sie viel anfälliger für Krankheitserreger geworden. Die Bestände von Blütenbestäubern sind mit Hilfe von Forschungsprojekten und der Änderung landwirtschaftlicher Rahmenbedingungen zu sichern. Die Landesverbände der Imker*innen übernehmen wichtige Aufgaben der Aus- und Fortbildung. Sie haben auch in Zukunft unsere Unterstützung.

Wir wollen mit einem Artenschutz-Sofortprogramm dem Aussterben von Wildbienen und andere blütenbesuchende Insekten entgegentreten. Durch dauerhafte Blühstreifen und dem Erhalt von Lebensräumen von Wildbienen soll der Artenschwund gestoppt werden.

Wir unterstützen „Pionier*innen“ und ihre Ideen für den ländlichen Raum

Schleswig-Holstein besteht zu mehr als 90 Prozent aus ländlichem Raum und ist nicht nur für Landwirt*innen Arbeitsplatz und Lebensmittelpunkt. Er prägt unsere Landschaft und bietet uns allen eine einmalige Lebensqualität. Der ländliche Raum ist auch Heimat für viele Menschen, die mit ihren Kindern ins Grüne gezogen sind und dafür zur Arbeit in die Städte pendeln. Im ländlichen Raum sind regionale Wertschöpfung, landwirtschaftliche Betriebe, kompetentes Handwerk, kleine Unternehmen und Tourismusbetriebe zu Hause.

Wichtig sind intakte Strukturen und Beziehungen zwischen Dörfern und Städten, eine ausreichende Daseinsvorsorge und Freiräume für Menschen, die mit neuen Ideen ihr Dorf, ihre Region entwickeln wollen. Die gute Anbindung mit Bus und Bahn, breitbandigem Internet, sowie eine Grundversorgung mit Geschäften, Ärzten und Schulen muss gewährleistet sein. Dann können sich ländliche Räume dynamisch und vielfältig entwickeln. Hier ist Mitsprache der Bürger*innen auch im Ehrenamt, in Vereinen und Kommunen besonders gefragt. Dafür stehen Aktivregionen und integrierte ländliche Entwicklungsprojekte.

Solidarische Landwirtschaft, Hofläden, Markttreffs und Existenzgründerinitiativen eröffnen neue Perspektiven. Da gehen Menschen neue Wege, um Einfluss auf die Produktion gesunder Lebensmittel zu nehmen – und um den ländlichen Raum zu entfalten. Wir unterstützen diese Bewegungen.

Landwirtschaft und ländlicher Raum@Digital

Die Digitalisierung hat die Landwirtschaft längst erreicht. Sie ist in Teilbereichen bereits eine der meist digitalisierten Wirtschaftsbereiche.

Digitalisierungen und sogenanntes „Smart Farming“ sind Betriebshilfsmittel, die sich in der Landwirtschaft unabhängig von der Betriebsgröße entwickeln. Es wird auch darum gehen bei den Angeboten die Spreu vom Weizen zu trennen. Die Digitalisierung kann ein wichtiges Hilfsmittel auf dem Weg zu einer effizienten und damit ressourcenschonenden Produktion sein. Sie kann die konventionelle Landwirtschaft umweltverträglicher machen und im ökologischen Landbau eine wichtige Hilfe zu seiner Entwicklung sein. Hinzu kommt die Verbesserung der Arbeitsplatzqualität.

Wir wollen zusammen mit der Landwirtschaftskammer die bestehenden Beratungsangebote zielgerichteter gestalten. Landwirt*innen brauchen vor allem Rat und Information, um bei den Angeboten zum "Smart Farming" die Spreu vom Weizen trennen zu können. "Smart Farming" ist ein Baustein, der sich unabhängig von der Betriebsgröße etablieren sollte. Forschung zu „Smart-Farming“ begrüßen und unterstützen wir.

Digitalisierung bietet die Chance, Standortnachteile im ländlichen Raum zu kompensieren. Hierzu zählen Telemedizin, Fortbildung oder bessere Vernetzung. Dies ist gerade angesichts des demografischen Wandels wichtig. Wir wollen die Aktiv-Regionen nutzen, um gemeinsam mit den Kommunen Musterprojekte für Digitalisierungsstrategien zu entwickeln.

Auf den Punkt

- Wir werden ein „Landeskompetenzzentrum Ökolandbau“ unter Einbeziehung der Wissenschaft einrichten
- Ausbildung verbessern und eine Fachklasse ökologischer Landbau einrichten,
- Weitere europäische Mittel für Umwelt und Tierschutz einsetzen,
- das Lebensmittel-Schulprogramm zum Erfolg führen,
- in Mensen und Kantinen des Landes ökologisch und regional erzeugte Produkte bevorzugt einsetzen
- ein Aktionsprogramm gegen Lebensmittelverschwendung auf Bundesebene anstoßen,
- die Entwicklung des ländlichen Raums voranbringen.

Tierschutz / Für das Wohl der Tiere in Landwirtschaft und Haushaltung

Einführung des Verbandsklagerechts, Initiative für Verbot der Pelztierzucht, Möglichkeit von Kastrationsverordnungen für Katzen auf Gemeindeebene, Initiativen zur Weidehaltung: Wir haben beim Tierschutz viel erreicht.

Zunehmend fordern Verbraucher*innen gute Haltungsbedingungen für Tiere. Mit dem Gutachten des wissenschaftlichen Beirates der Bundesregierung zur Zukunft der Nutztierhaltung wurden unsere langjährigen Initiativen bestätigt: Eine bessere Tierhaltung ist dringend geboten.

Wir setzen uns für den weiteren Ausbau der tierartgerechten und bedürfnisorientierten Nutztierhaltung ein und fördern die Umstellung auf eine tierfreundliche ökologische Landwirtschaft.

Wir werden dafür insbesondere die Verwaltungsstrukturen und Zuständigkeiten überprüfen. Wir wollen Hilfen für das Konfliktmanangement weiter etablieren und durch Änderungen im Bundestierschutzgesetz werden wir insbesondere Ausnahmetatbestände weitgehend abbauen

Kastenstände für Sauen sowie ganzjährige Anbindehaltung bei Rindern gehören ebenso verbannt wie Schnabelkürzen und Schwanzamputationen. Das betäubungslose Kastrieren von Lämmern, Kälbern und Ferkeln muss beendet werden. Wir werden uns für eine anspruchsvolle Nutztierhaltungsverordnung für Milchkühe, Bullen und Puten einsetzen.

Tierschutz ist eine zentrales Anliegen der GRÜNEN. Tierschutz beinhaltet selbstverständlich auch, Tieren unnötiges Leid zu ersparen. Nicht erst durch die Änderung bzw. Erweiterung des Grundgesetzes um das Staatsziel Tierschutz sind wir dazu verpflichtet Tiere in Ihrer Mitgeschöpflichkeit zu achten und ihnen vermeidbare Leiden, auch bei der Schlachtung, zu ersparen.

Aber Tierwohl ist noch mehr. Die Wahl von geeigneten Rassen und ein Umsteuern in der Zucht ist notwendig. Statt Höchstleistung muss Lebensleistung und somit die Gesundheit der Tiere im Mittelpunkt stehen. Das führt auch zu einer Reduktion des Medikamenteneinsatzes. Der vorbeugende Einsatz von Antibiotika und die Anwendung von Reserve-Antibiotika (Medikamente, die für die Behandlung von Menschen gegen resistente Keime zurückgehalten werden) muss unterbunden werden.

Auslauf und Weidehaltung sollten bei allen Tierhaltungen vorangebracht werden. Wir unterstützen Landwirt*innen dabei, ihre Stallungen für mehr Platz pro Tier und das Tierwohl umzubauen. Für offene Stallsysteme sind tragfähige Lösungen im Baugenehmigungsverfahren zu finden.

Bei den Haustieren unterstützen wir die bundesweite Registrierung von Hunden und Katzen in einem Haustierregister. Der illegale Welpenhandel sowie der Internethandel und die Verkaufsbörsen von allen Heimtieren, insbesondere der Terrarientiere, sollte in derzeitiger Form unterbunden werden. Bei Tieren im sozialen Einsatz wollen wir einen entsprechenden Sachkundenachweis etablieren.

Immer mehr Tiere werden in Tierheimen abgegeben oder ausgesetzt. Tierheime sind zunehmend in Ihrer Existenz gefährdet. Wir werden uns für eine ausreichende Finanzierung der Tierheime einsetzen.

Wir machen uns auf Bundesebene dafür stark, dass keine Wildtiere im Zirkus auftreten dürfen. Die beschlossene Bundesratsinitiative gilt es umzusetzen. Auf landeseignen Flächen werden wir keine Zirkusse mit Wildtieren zulassen und mit den Kommunen ausloten, wie sie den Tierschutz vor Ort verbessern können.

Weniger Tierversuche an den Hochschulen und Universitäten in Schleswig-Holstein – das ist unser Vorhaben. Wir setzen uns stattdessen für den Ausbau alternativer Methoden ein. Studierenden, die aus ethischen Gründen die Durchführung von Tierversuchen ablehnen, darf deswegen nicht ihr Abschluss verwehrt werden. Die Genehmigungsverfahren für Tierversuche müssen überarbeitet werden.

Auf Landesebene werden wir mit allen Beteiligten den „Runden Tisch Tierwohl“ in Schleswig-Holstein beibehalten und so im Konsensverfahren weitere Verbesserungen bei der Tierhaltung voranbringen. Wir streben auch die Einrichtung eines Landestierschutzbeauftragten an.

Der Tierschutzbericht des Landes Schleswig-Holstein zeigt die Situation der Tierhaltung auf. Leider erwächst aus Erkenntnissen dieses Berichtes nicht zwangsläufig ein besseres Verhalten der Tierhalter im Sinne des Tierwohls. Nach wie vor gibt es Massentierhaltungen auch in unserem Bundesland und die Würde des Tieres als Kreatur spielt hier gegenüber dem Gewinn oft eine untergeordnete Rolle.

Wegen Personalmangel bei den Kontrollen können nur eine ungenügende Anzahl an Stichproben durchgeführt, geschweige eine nachhaltige Beratung angeboten werden. Wir streben eine verbesserte Situation der finanziellen und personellen Ausstattung der unteren Veterinärbehörden an. Dieses würde nicht nur dem Tierschutz zu Gute kommen, sondern auch den landwirtschaftlichen Betrieben in Sachen Bratung bei Fällen wie der Vogelgrippe.

Die Amtsveterinäre stehen teilweise schwierigen Situationen gegenüber. Deshalb sollten Angebote in der Weiterbildung im Bereich Konfliktmanagement und auch Seuchenschutz zur Verfügung gestellt werden.

Kontrollen der landwirtschaftlichen Betriebe haben höchste Priorität, um im Vorfeld Tierleid vorzubeugen. Jedoch werden immer wieder Betriebe entdeckt, die entgegen dem Gesetz handeln. Tierquälerei muß konsequent verfolgt und sanktioniert werden. Deshalb sehen wir die Einrichtung von Schwerpunkts Staatsanwaltschaften mit speziell ausgebildeten Richtern und Staatsanwälten als geboten.

Maßgebend für die Haltung von Tieren ist das Bundestierschutzgesetz. In diesem jedoch wird z.B. in § 5 und 6 erklärt, dass unter bestimmten Rahmenbedingungen Eingriffe am Tier, wie Schnabelkürzen bei Legehennen oder das Kastrieren von männlichen Ferkeln ohne Betäubung, erlaubt sind. Paragraphen die explizit so etwas aufzeigen repräsentieren keinen Tierschutz, sondern zeigen auf, wann Tierquälerei erlaubt ist. Wir sehen eine Novellierung des Bundestierschutzgesetzes als zwingend erforderlich

Auf den Punkt

- Wir werden uns für den Ausbau einer tierartgerechten und bedürfnisorientierten Nutztierhaltung einsetzen, mit Auslauf und Weidehaltung,
- eine anspruchsvolle Nutztierhaltungsverordnung für Milchkühe, Bullen und Puten auf den Weg bringen,
- für ein bundesweites Haustierregister für Hunde und Katzen eintreten,
- Tierheime finanziell untertützen,
- uns für einen Landestierschutzbeauftragten einsetzen.
- Ausstattung, Konfliktmanagement und Struktur der Tierschutzaufsicht verbessern und das Bundestierschutzgesetz reformieren.

Verbraucher*innen-Politik / Echte Wahlfreiheit gibt es erst durch Information und Transparenz

Verbraucher*innenpolitik steht im Zentrum einer nachhaltigen Wirtschaftspolitik. Ein Kernanliegen grüner Politik ist die Stärkung der Verbraucher*innen. Eine freie

Entscheidung setzt voraus, dass wir wissen, was wir konsumieren. Die Verbraucher*innen erwarten Transparenz, Aufklärung und Kennzeichnung von Produkten, wie zum Beispiel die „Lebensmittel-Ampel" oder produktbezogene „CO2-Fußabdrücke". Gesundheit und Interessen von Verbraucher*innen müssen Vorrang haben gegenüber wirtschaftlichen Interessen von Versicherungen, Banken, Teleanbietern, Energiewirtschaft, Autokonzernen, Agrarindustrie und Lebensmittelkonzernen.

Standorte der unabhängigen Verbraucherzentralen sichern

Zur Stärkung des Verbraucher*innenschutzes werden wir uns auf Landes- wie auf Bundesebene für neue Finanzierungsmöglichkeiten einsetzen. Wir fordern und fördern eine verursacherorientierte Beteiligung der Wirtschaft, um die Finanzierung einer unabhängigen Verbraucherarbeit abzusichern. Lange überfällig ist, dass der Bund die Strafen aus Kartellverstößen für die Verbraucherarbeit bereitstellt.

Wir setzen uns im Land für eine auskömmliche Finanzierung der laufenden Arbeit und der neuen Herausforderungen der Verbraucherzentrale ein. Dazu gehört auch der Erhalt ihrer Standorte in Schleswig-Holstein

Verbraucherbildung in den Schulen ist eine Basis für kluges Verbraucherverhalten. Eine Voraussetzung dafür ist die Möglichkeit der Lehrerausbildung in diesem Fach bei uns im Land.

Die Verbraucher*innen möchten wissen, woher ihr Essen kommt

Bewusste Konsumentscheidungen setzen Transparenz voraus.

Deshalb setzen wir uns auf allen Ebenen dafür ein, dass es eine einfache gesetzliche Haltungskennzeichnung für Milch und Fleisch – wie beim „Ei mit der Drei" – gibt. Wird eine bundeseinheitliche Regelung weiter verschleppt, werden wir die Einführung einer Hygiene-Ampel im Land, nach dem Vorbild von Dänemark und Nordrhein-Westfalen, prüfen.

Um den Anforderungen des globalen Lebensmittelhandels besser gerecht zu werden, wollen wir das bestehende System der Lebensmittelüberwachung ausweiten und effizienter gestalten. Es gilt, die Organisationsstrukturen im Land und in der Zusammenarbeit von Bund/Ländern/Europa zu optimieren. Gebühren und Kontrollen müssen so gestaltet werden, dass sie nicht zu einer zusätzlichen Wettbewerbsbenachteiligung kleiner, handwerklicher Lebensmittelverarbeiter*innen und Anbieter*innen führen. Wir werden, wie in den vergangenen Jahren, unser Landeslabor weiter stärken.

Verbraucher*innenschutz@Digital

Auch wer online unterwegs ist, hat das Recht, vor Kostenfallen, Abzocke und Missbrauch persönlicher Daten geschützt zu sein. Automatisierte Kundenprofile dürfen nur im vorher definierten Umfang digital erstellt und nur zweckgebunden nach fairen Regeln verwendet werden. Verbraucher*innen müssen eine echte, freie Wahl haben, auch ohne massenhafte Speicherung und Verarbeitung von persönlichen Daten online und offline einzukaufen und Dienstleistungen in Anspruch nehmen zu können. Dafür müssen die strengeren Anforderungen aus der EU-Datenschutzgrundverordnung zügig umgesetzt werden.

Auf den Punkt

- Wir werden uns für den Erhalt der Standorte der Verbraucherzentralen in Schleswig-Holstein einsetzen,
- uns im Bund dafür einsetzen, dass die Produkthersteller an der Finanzierung einer unabhängigen Verbraucherarbeit beteiligt werden,
- uns für eine gesetzliche Herkunftskennzeichnung für Milch und Fleisch stark machen.

Klimaschutz / Schleswig-Holstein ist der deutschen Energiewende zehn Jahre voraus. Wir bauen diesen Vorsprung aus

Wir sind wahrscheinlich die letzte Generation, die den ungebremsten Klimawandel abwenden kann. Die ersten Vorboten sind längst da: Unwetter, Starkregen, Überschwemmungen, Dürren und Veränderungen in der Pflanzen- und Tierwelt. Auch der Anstieg des Meeresspiegels und die Versauerung der Ozeane sind eine Realität, die manche bis heute allen Ernstes abstreiten. Ihre Kurzsichtigkeit wird uns und unsere Kinder hart treffen.

Millionen Menschen auf der Flucht und politische Instabilität in vielen Regionen sind die globalen Kosequenzen, ausgelöst durch Wüstenausbreitung, Wassermangel, Hunger und Auseinandersetzungen um Rohstoffe. Noch haben wir es in der Hand, die Klimaziele von Paris zu erreichen: den Klimawandel auf deutlich unter 2 °C, möglichst auf 1,5 °C zu begrenzen. Die Klimaschutzziele müssen nach den für dieses Ziel zur Verfügung stehenden CO2-Budgets angepasst werden. Das wollen wir in Schleswig-Holstein anpacken. Es gilt aber auch für den Bund, denn der Klimaschutzplan 2050 von CDU und SPD reicht nicht für die Ziele von Paris. Gleichzeitig wollen wir den Atomausstieg sichern, als Vorbild für eine Energiepolitik ohne Kohle und Atom. Viele Länder schauen auf Deutschland mit der Frage: Gelingt dort die Energiewende ohne Verlust an Wohlstand und Lebensqualität – womöglich sogar mit einem Zuwachs? Leider hat die Bundesregierung in den letzten Jahren alles getan, um die Energiewende auszubremsen.

Als großes, exportorientiertes Industrieland hat Deutschland eine besondere Verantwortung. Wenn wir die Energiewende schaffen, können andere von unseren Erfahrungen profitieren. Schleswig-Holstein kann Vorreiter bei der Umsetzung sein.

Energiewende mit Rücksicht auf Mensch und Natur

Uns ist bewusst: Wir bewegen uns mit der Energiewende in einem ökologischen Zielkonflikt. Energieerzeugung auch aus Wind und Sonne bedeutet Flächenverbrauch, Leitungsbau, Geräuschbelastung und eine mögliche Gefährdung für Vögel oder Fledermäuse. Jeder Windpark ist ein Eingriff in das Ökosystem – er beeinflusst Mensch, Natur und Landschaftsbild.

Wir brauchen die Windenergie, um aus den fossilen Energieträgern Erdöl, Kohle, Gas aussteigen zu können. Nutzen wir sie nicht, dann wird es wärmer und in den Städten werden die Schadstoffemissionen stark steigen – mit allen Folgen. Wir haben für die Planung der Windvorrangflächen mehr als 80 Kriterien zum Schutz von Mensch und Natur aufgestellt. Es darf nicht in Naturschutzgebieten geplant werden, Abstände zu Naturschutzgebieten und FFH-Gebieten sind einzuhalten, bei Großvogelhorsten wurden

die Regelungen verschärft. Es gibt keine Umzingelung von Ortschaften. Die Abstände von 400 Metern zu Wohnlagen im Außenbereich, 800 Metern zu Siedlungsflächen des Innenbereichs halten wir für richtig. Wir haben gemeinsam mit anderen Bundesländern strengere Lärmschutzvorschriften in Kraft gesetzt, über ein Lärm-Messprogramm zur Klärung umstrittener Fragen beigetragen, Erleichterungen für Windräder ohne das nächtliche Blinken erlassen und in vielen Veranstaltungen den Dialog mit den Menschen im Land gesucht. Wir respektierten immer den Gemeindewillen, aber das Urteil des Oberverwaltungsgerichts Schleswig vom Januar 2015, das die Teilfortschreibung der Regionalpläne für Windeignungsgebiete für unwirksam erklärte, macht dies jetzt unmöglich. Auch Messungen von Infraschall haben wir veranlasst und gründlich geprüft mit dem Ergebnis, dass bei den derzeitigen Planungsgrundsätzen keine gesundheitlichen Beeinträchtigungen zu befürchten sind.

Auch in Zukunft achten wir auf den Ausgleich der Interessen von Wirtschaft, Mensch und Natur beim Ausbau der erneuerbaren Energien. Doch wir wissen auch: Der Schaden an Mensch und Natur durch Kohle und Atom ist ungleich größer – eine Güterabwägung unumgänglich.

Die Energiewende weitertragen in den Verkehr und zur Wärmeerzeugung

In Schleswig-Holstein haben wir den Netzausbau zusammen mit den Bürger*innen beschleunigt. In der nächsten Wahlperiode wollen wir ihn abschließen. Dann verlagert sich der Netzengpass an die Elbe Richtung Süden.

Wir werden weiter Verantwortung übernehmen für einen zügigen und transparenten Netzausbau mit optimaler Planung für Mensch und Natur. Dadurch wird der Stillstand von erneuerbaren Anlagen wegen Netzengpässen schon bald zurückgehen. Zusätzlich setzen wir uns für Speicherprojekte ein und wollen über intelligente Systeme den Strom in der Region nutzen, anstatt Windräder abzuschalten.

Dennoch haben wir nicht zu viel erneuerbaren Strom. Denn auch der Wärmebedarf in den Haushalten und der Industrie sowie der Energiebedarf für den Verkehr muss noch mit erneuerbarer Energie versorgt werden. Biomasse allein reicht bei weitem nicht. Mit dieser Sektorenkoppelung fangen wir jetzt an. Sektorenkopplung bedeutet die intelligente Verknüpfung von Strom, Wärme und Verkehr.

Dezentrale Energie für und mit den Bürger*innen

Grüne Politik steht für Transparenz und Dialog. Doch Bürgerbeteiligung heißt nicht nur Mitreden. Bürgerbeteiligung, Bürgerwindparks und Bürgersolaranlagen sind Markenzeichen für Schleswig-Holstein. Sie stehen für eine dezentrale, mit den Menschen vor Ort erzeugte Energie. Bevölkerung und regionale Wirtschaft profitieren so von der erneuerbaren Energie. Gerade dezentrale Anlagen erleichtern die dringend notwendige Kopplung der Wärmeerzeugung mit den erneuerbaren Energien. Dänemark hat erfolgreich gezeigt, wie das geht mit dem Aufbau von lokalen Wärmenetzen und dem Ende für neue Ölheizungen seit 2013 für Neubauten und 2016 auch im Bestand. Auch wir wollen das Ende der Ölheizung, Ihr verbreiteter Einsatz ist mit den Klimaschutzzielen nicht vereinbar. Bei Neubauten und Ersatz sollen Erneuerbare Alternativen gewählt und weitgehend durchgesetzt werden.

Verlässliche Politik braucht Fristen und Zeit gerechte Ankündigungen, daher unser Vorschlag: Ab 2020 dürfen keine Ölheizungen mehr im Neubau und ab 2025 im Bestand montiert werden. Ausnahmen können nur in Bereichen ohne Zugang zu Gas- oder Wärmenetzen und bei gleichzeitig baulich schwierigen Voraussetzungen für

Wärmepumpen oder z.B. Pelletheizungen ermöglicht werden. Wichtig ist die Gewinnung auch der Kommunen, kommunale Wärmeversorgungskonzepte zu erarbeiten, damit eine Verbesserung der Wirtschaftlichkeit von erneuerbaren Alternativen erreicht werden kann. Dazu gehört die systematische Nutzung von Abwärme sowie der Ausbau der Nahwärmenetze. Kümmerer vor Ort sind oft der Schlüssel für den Erfolg. Das Land wird den Kommunen seine Expertise zur Verfügung stellen.

Nach der Atomkraft jetzt auch zügig aus der Kohle aussteigen

Die industrielle Revolution, die Erfindung von Auto, Computer und Smartphone lehren uns: Technologische Sprünge sind möglich und machbar. Einige haben wir forciert, so den Atomausstieg durchgesetzt. Spätestens 2022 ist Schluss, in Schleswig-Holstein sogar schon 2021. Dann ist Schleswig-Holstein atomfrei und wir haben schlagartig wieder viel Platz in den Stromleitungen, den wir durch Erneuerbare decken werden. Wir wollen jetzt bundesweit auch einen verbindlichen Pfad für den zügigen Ausstieg aus der Kohle bis 2025 festlegen. Besonders dreckige Altmeiler müssen schnellstmöglich vom Netz, neuere Kraftwerke werden Schritt für Schritt abgeschaltet.

In Schleswig-Holstein haben wir gezeigt, dass die Stromversorgung ohne Kohle und Atom keine Utopie ist. Die Wissenschaft sagt uns: Um das Klima wirksam zu schützen, muss Deutschland bis 2040 vollständig aus der Verbrennung von Kohle, Öl und Gas aussteigen. Entscheidend für die nächsten Jahre ist allerdings nicht, was wir 2050 diskutieren, sondern wie wir im Zeitraum von 2017 bis 2021 handeln. Eine schnelle und großvolumige Abschaltung massiver Emissionsemittenten von Treibhausgasen ist wichtiger, als das tatsächliche Ziel ein paar Jahre früher oder später zu erreichen. Nur in die ferne Zukunft zu verweisen heißt, sich vor der Verpflichtung zu drücken und alles der nächsten Politiker-Generation aufzubürden. Wir wollen uns der Verantwortung heute stellen. Deshalb sind die Schritte bis zum Jahr 2025 entscheidend. Die Zielmarke von 37 Terawattstunden im Jahr 2025 erneuerbaren Stroms kann Politik in der nächsten Legislaturperiode aktiv beeinflussen. Daran muss sie sich messen lassen.

Kein Fracking und kein CCS in Schleswig-Holstein

Wir lehnen Fracking und die Entsorgung von CO2 durch Verpressung in unterirdische Lagerstätten (CCS – Carbon Capture and Storage) in Schleswig-Holstein auch weiterhin entschieden und gemeinsam mit vielen engagierten Menschen vor Ort ab. Gegen CCS haben wir ein eigenes Landesgesetz geschaffen. Unkonventionelles Fracking wird über Bundesrecht verhindert, Ausnahmen wird es in Schleswig-Holstein mit uns nicht geben. Für konventionelles Fracking sehen unsere Geologen derzeit keinen Ansatz in Schleswig-Holstein. Wir werden dennoch alle rechtlichen Möglichkeiten nutzen, um jede Form von Fracking bei uns im Land zu verhindern und setzen uns auch weiterhin für rechtssichere Lösungen auf Bundesebene ein.

Effizienz – alles nutzen, um Energie zu sparen

Auch in der nächsten Wahlperiode spielt Energieeffizienz eine zentrale Rolle. Mit dem wertvollen Strom aus erneuerbaren Energien können wir nicht so verschwenderisch umgehen, wie wir es uns angewöhnt haben. Wir unterstützen die Kommunen weiter, Projekte wie LED-Beleuchtung, Energiesparen in Haushalten und in der Industrie umzusetzen. Dabei gilt es, Contracting-Modelle zu nutzen, bei denen Firmen ebenso wie Kommunen ohne eigenes Risiko oder Kapital neue Effizienztechnologien erhalten können.

Atomkraftwerke zurückbauen - Euratom-Vertrag kündigen

Von den drei Atomkraftwerken in Schleswig-Holstein liegen für Brunsbüttel und Krümmel sowie für den Forschungsreaktor in Geesthacht Anträge zum Rückbau vor. Ziel der nächsten Wahlperiode ist, dass auch Brokdorf bald vom Netz geht und für alle drei Atomkraftwerke der Rückbau beginnen kann. Dabei stehen wir für transparente Verfahren und frühe Beteiligung von Bürger*innen und Kommunen. Wer Ja sagt zum Rückbau der Atomkraftwerke, muss auch bereit sein, Verantwortung zu übernehmen.

Dies gilt in erster Linie für die Betreiber, die sich heute versuchen aus der Verantwortung zu stehlen, aber auch für die notwendige Entsorgung von freigemessenem Bauschutt. Wir werden für lückenlose Kontrolle und Transparenz bei allen Verfahrensschritten sorgen.

Die Zwischenlager an den Atomkraftwerken dürfen nicht zu Endlagern werden. Wir setzen uns auf Bundesebene dafür ein, dass möglichst bald mit den Planungen und der Umsetzung einer zentralen Zwischenlagerung hochradioaktiver Castoren für die Zeit spätestens nach Ablauf der Genehmigungen der jetzigen Zwischenlager (um 2045) begonnen wird.

Die Sicherheitsstandards der Überwachung von Atomkraftwerken werden mit uns auch nach dem Abschalten nicht gesenkt.

Wir machen uns auch dafür stark, dass die Bundesregierung eine Ablösung des Euratom-Vertrags erficht. Über diesen Kontrakt fließen nach wie vor gigantische Subventionen in die Atomindustrie.

Energie@Digital

Ohne Digitalisierung wird die Integration von erneuerbaren Energien in ein zukunftsfähiges Energiesystem nicht gelingen. Nötig sind neuartige Konzepte zur Systemführung und Integration sowie die intelligente Verbindung von Erzeugung, Verteilung, Speicherung und Verbrauch von Energie.

Intelligente Stromnetze (Smart Grids) erleichtern es Energiekonsumenten bereits heute, selbst Strom ins Netz einzuspeisen, den Transfer per App zu kontrollieren und sich als sogenannte „Prosumer" neue finanzielle Möglichkeiten auf dem Energiemarkt zu eröffnen.

Den Einbau intelligenter Zähler (Smart Meter) im privaten Bereich begrüßen wir, wenn sie die Nutzung erneuerbarer Energie voranbringen und ein wirklich sinnvoll nutzbares Preissignal an die Verbraucher*innen geben. Die Erfassung des Stromverbrauchs darf dabei aber nicht dazu führen, dass die persönlichen Lebensgewohnheiten der Verbraucher*innen ausforschbar werden. Wir setzten uns dafür ein, dass intelligente Zähler in ihrem technischen Design und im häuslichen Einsatz hohen Datenschutzanforderungen genügen und der Kontrolle der Verbraucher*innen unterliegen. Wir wollen die Entwicklung und den Einsatz datenschutzfreundlicher Smart Meter im Land fördern.

Auf den Punkt

- Wir werden die intelligente Verknüpfung von Strom, Wärme und Verkehr, voranbringen,
- die Interessen von Mensch und Natur beim Ausbaus der erneuerbaren Energien beachten,
- bundesweit für einen verbindlichen Pfad für zügigen Kohle-Ausstieg eintreten,
- neue Effizienztechnologien unterstützen,
- konkrete Speicherprojekte auf den Weg bringen,
- Stromnetze ausbauen,
- Fracking und CCS in Schleswig-Holstein verhindern,
- alle drei Atomkraftwerke zurückbauen
- alles daran setzen, dass der Euratom-Vertrag aufgelöst wird.

Wirtschaft / Wir setzen auf Innovation und Nachhaltigkeit. So bringen wir Wertschöpfung, Arbeitsplätze und Wohlstand in unser Schleswig-Holstein

Schleswig-Holstein ist durch kleine und mittelständische Unternehmen geprägt. Familienunternehmen zeichnen sich durch Denken über Generationen hinweg aus.Bei Startups handelt es sich hingegen um junge, noch nicht etablierte Unternehmen, die zur Verwirklichung einer innovativen Geschäftsidee mit geringem Startkapital gegründet werden und mit hoher Geschwindigkeit gesellschaftlichen Wandel einleiten können. Wir sehen beide als Partner*innen für eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung, die den Verbrauch natürlicher Ressourcen Schritt für Schritt reduziert. Wir GRÜNE erkennen unsere Aufgabe darin, attraktive Rahmenbedingungen für die Einführung neuer Technologien, der Digitalisierung, flexibler Zeitarbeitsmodelle, guter Bildung und Ausbildung zu schaffen. Vom Handwerker bis zum Schiffsbauingenieur, ob an Uni, FH, Schule oder in der Ausbildung: Wir wollen, dass heute schon das Wissen für die Energiewende gelernt und erforscht wird und treten dafür in einen breiten Dialog ein (auch da, wo der Bund die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen noch schaffen muss).So soll ein neuer Aufbruchs- und Unternehmergeist in Schleswig-Holstein entfacht werden: das Land als Heimat für nachhaltige Start-Ups.
Fachkräftesicherung ist Standortsicherung. Wir haben im Wettbewerb um die besten und klügsten Köpfe einiges zu bieten in Schleswig-Holstein.

Nach den Ergebnissen der Glücksforschung leben in Schleswig-Holstein die glücklichsten Menschen in ganz Deutschland. Zufriedenheit und Glück hat viel mit Lebensqualität, unversehrter Natur, gutem Leben, guter Arbeit aber auch mit guter Politik zu tun. Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Life-Balance und Geschlechtergerechtigkeit sind für uns wichtige Politikfelder, die auch der Wirtschaft nutzen.

Gemeinsam anders wirtschaften

Der Marktanteil von nachhaltigen Produkten wächst. Viele Verbraucher legen Wert darauf, dass Produkte fair erzeugt werden, klimagerecht und langlebig sind.

Nachhaltigkeit und Gemeinwohl sind Grundpfeiler der ökologisch-sozialen Marktwirtschaft, die wir weiter unterstützen. Wir setzen dabei auf bekannte und neue Formen des Wirtschaftens wie Genossenschaftsmodelle, Gemeinwohlökonomien, solidarische Ökonomien oder Netzwerke und unterstützen innovative Ideen zu Ressourceneffizienz und Kreislaufwirtschaft. Sie bringen neue Ideen voran, bei denen die Wertschöpfung häufig regional und in Form von sozialen Dienstleistungen erbracht wird.

Schleswig-Holsteins Wirtschaft zukunftsfähig aufzustellen, heißt auch auf die Frauen zu zählen und zwar nicht nur als sogenannte „Stille Reserve“ im Kampf gegen den Fachkräftemangel. Wir GRÜNE setzen uns für eine Umwertung des Begriffes Arbeit ein. In einem geschlechtergerechten Wirtschaftssystem müssen auch soziale und pflegerische Tätigkeiten, die Tätigkeiten des Sorgens und Sichkümmers (Carearbeit) fair bezahlt und gesellschaftlich anerkannt werden.
Wir setzen uns für Geschlechter- und Lohngerechtigkeit ein, für gleiche Bezahlung für gleichwertige Arbeit und für gleiche Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Wir gestalten die Rahmenbedingungen der wirtschaftlichen Entwicklung entsprechend, wie z.B. durch eine gendergerechte Gestaltung von wirtschaftlichen Förderclustern zugunsten von Frauenarbeitsplätzen oder durch eine Stärkung von Gründerinneninitiativen sowie die Sicherung von "Frau und Beruf".

Eine moderne Industriegesellschaft braucht Wissen und Innovation. Bereits heute gibt es rund um die Hochschulen in Flensburg, Kiel und Lübeck eine lebendige Start-Up-Szene. Wir wollen die bestehenden Wirtschaftsförderprogramme nutzen, um nachhaltige Unternehmensgründungen deutlich stärker und niedrigschwelliger als bisher zu unterstützen. Hierbei setzen wir auf die Schwerpunkte Informationstechnologie, ökologisch-gesellschaftlicher Wandel sowie Integration.

Zudem wollen wir kreative Orte der Zusammenarbeit (CoWorking Spaces und FabLabs) und weitere Räume für die Vernetzung von Gründungsinteressierten schaffen, um ihre Zukunft aktiv zu gestalten. Des Weiteren wollen wir Bibliotheken, Volkshochschulen, schulische Gemeinschaftsräume, leerstehende Gebäude zu solchen Orten umwandeln.

Nachhaltige Entwicklung stärken

Unser Ziel ist es, Nachhaltigkeit zum zentralen Entscheidungskriterium von Regierungs- und Verwaltungshandeln zu machen. Wohlstand und Lebensqualität können nicht mit Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) gleichgesetzt werden - wir wollen ein "grünes BIP". Unser Ziel ist es, Wohlstand künftig anders zu messen und neben dem BIP auch den ökologischen Fußabdruck, die Verteilung und die Zufriedenheit in einem regelmäßigen Wohlstandsbericht zu erfassen.

Nachhaltigkeit wird häufig als politisches Feigenblatt verwendet, um problematische Entwicklungen zu verstecken. Damit werden wir in der Landesregierung Schluss machen. Wir verhalten uns nur dann nachhaltig, wenn unser gesamtes Handeln sowohl die Bedürfnisse der heutigen Generation als auch die von unseren Kindern und Enkeln berücksichtigt. Diese Maxime wird die Leitlinie unserer Politik in der neuen Landesregierung sein. Ein mit Bürger*innen besetzter Nachhaltigkeitsbeirat soll uns dabei unterstützen.

Wir streben einen ressortunabhängigen Nachhaltigkeits-Check für alle Gesetze, Bundesratsinitiativen und Verfügungen des Landes an. Dieser muss auch die internationalen Folgen widerspiegeln.

Handwerk hat grünen Boden

Handwerker und kleine mittelständische Betriebe sorgen für wirtschaftliche Stabilität, gerade in Krisenzeiten. Handwerksbetriebe halten die Gesellschaft in vielerlei Hinsicht zusammen und gewährleisten das Funktionieren unseres Alltagslebens wie kaum eine andere soziale Gruppierung. Handwerker setzen unsere Energiewende um, dämmen Häuser, warten Windkraftanlagen oder installieren intelligente Netze. 16.000 Menschen arbeiten schon heute allein in Schleswig-Holstein im Bereich der Erneuerbaren. Wir wollen daraus 20.000 machen.
Das Handwerk ist für uns auch ein wichtiger Partner bei der Ausbildung von Fachkräften und der Integration von Flüchtlingen und Migranten. Um letzteres leisten zu können, benötigen sie entsprechende Unterstützung, wie sie mittlerweile auch bereits von den Willkommenslots*innen der Handwerkskammern geleistet wird. Die Fortführung von Projekten wie "Mehr Land in Sicht", "Passgenaue Besetzung" u.ä. als Antwort auf die anstehenden Herausforderungen für Handwerksbetriebe befürworten wir.

Wir wollen die kleineren und mittleren Handwerksbetriebe in Schleswig-Holstein unterstützen, damit sie ihre Qualitätsstandards und -anforderungen umsetzen können. Handwerksbetriebe werden wir durch E-Government von unnötiger Bürokratie entlasten.

Außerdem wollen wir Handwerksbetrieben die regionale Vermarktung erleichtern. Sie brauchen eine bessere Beratung und eine gut verzahnte Förderung, damit sie Förderprogramme im Land besser nutzen. Öffentliche Einrichtungen, beispielsweise Gemeinschaftsküchen in Kitas und Schulen, sollen Vorbildfunktion übernehmen und besser auf regionale Belieferung zurückgreifen können. Deshalb setzen wir auf Regionalität und wollen die Möglichkeit, kleine und mittelständische Produzenten aus der Region zu bevorzugen, im Vergaberecht stärken.

Neue Industriepolitik für Schleswig-Holstein

Schleswig-Holstein ist das Land der Energiewende. Energie aus erneuerbaren Quellen ist zur Genüge im Land vorhanden. Dies ist ein wichtiger Standortfaktor für eine nachhaltige Wirtschaft in Schleswig-Holstein. Industrie 4.0, die Wirtschaft im digitalen Zeitalter, steht dabei für optimierte Produktions- und Prozessabläufe mit Hilfe digitaler, intelligenter Systeme. Dies sollte möglichst auf Grundlage von anonymen oder anonymisierten Daten geschehen. Wir unterstützen die Idee eines Kompetenzzentrums Industrie 4.0 und werden die Vernetzung und Weiterqualifikation der Akteur*innen vorantreiben.

Wenn viel erneuerbarer Strom erzeugt wird, weil der Wind gleichmäßig über das Land weht, kann eine Fabrik die zur Produktion benötigte Wärme günstiger mit Strom als aus Erdgas erzeugen. Elektrofahrzeuge laden ihre Akkus günstig auf, im gut gedämmten Haus läuft die Wärmepumpe: Das Ganze wird durch Preissignale gesteuert, so dass Strom dann verbraucht wird, wenn er günstig ist – wenn er also in großen Mengen verfügbar ist. Die Einbindung der privaten Haushalte in die intelligente Steuerung des Energieverbrauchs startet bei den Haushalten mit großem Verbrauch, in besonders geeigneten Quartieren und bei denen, die aus Überzeugung Lust haben mitzumachen. Über die Ausstattung mit intelligenten Zählern und Tarifen können alle

ihren Teil dazu beitragen, dass der erneuerbare Strom optimal genutzt und Geld gespart wird. Intelligente Netze sorgen für günstigen Strom und Komfort.

Wir suchen das Gespräch mit den großen internationalen IT-Unternehmen, um sie von den attraktiven Standorten an unserer Westküste zu überzeugen.

Neue Steuerungsmodelle für das Stromnetz ermöglichen

Erneuerbar erzeugter Strom, der wegen fehlender Leitungen nicht ins Stromnetz geht, stellt eine erhebliche Vergeudung von Ressourcen dar. Hier braucht es neue Marktmodelle, mit denen dieser Strom anderweitig genutzt werden kann. Mit den Betrieben, die zuschaltbare Verbraucher wie Wärme- oder Kälteerzeuger nutzen, und mit den Erzeugern erneuerbarer Energien, wollen wir neue Steuerungs- und Bezahlmodelle entwickeln, wie auch mit einem schwankenden Stromangebot wirtschaftlich sinnvoll umgegangen werden kann. So reißen wir die Mauern zwischen den Sektoren Strom-Wärme-Mobilität ein. Deshalb setzen wir uns in Berlin laut und nachhaltig dafür ein, sinnvolle Erprobungsregelungen für das Land Schleswig-Holstein zu ermöglichen. Wir haben nicht zu viel erneuerbaren Strom, wir müssen ihn nur in die Bereiche bringen, die heute noch Öl oder Kohle verbrennen.

Die Westküste zum Silicon Valley der Wasserstofftechnologie entwickeln

Wir haben die Weichen für Wärmewende, Speicher, Power-to-X (mit Strom Wasserstoff oder Wärme erzeugen) in der vergangenen Wahlperiode gestellt. In der nächsten wollen wir die Technologie breit zum Einsatz bringen und den Anwendungsbereich weiter ausdehnen. Dazu gehört auch, Innovationen den Weg zu ebnen. Wir wollen erneuerbare Wärme deutlich schneller zubauen, wie bisher. Das wird Wertschöpfung und Arbeitsplätze im Norden schaffen. Wir sehen gute Chancen, die Westküste, an der es viel Windstrom gibt, zum Silicon Valley der Wasserstofftechnologie zu entwickeln. Das IZET in Itzehoe, mittelständische Unternehmen zwischen Brunsbüttel und Niebüll sowie große Industriebetriebe haben vielversprechende Projekte vorbereitet, deren Umsetzung wir sichern werden.

So wollen wir unsere Standortvorteile wie bei der Energiewende auch bei der Industriewende nutzen. Dabei spielt für uns der Wirtschaftsraum Brunsbüttel als zukünftiger Knotenpunkt der Erneuerbaren Energien und Verbraucher- und Verteilungsschwerpunkt eine besondere Rolle. Das gilt sowohl für Raffinerien, als auch für die industriellen Verbraucher.

In der kürzlich aus der Taufe gehobenen Innovationsallianz NEW 4.0 (Norddeutsche EnergieWende) arbeiten mehr als 50 Unternehmen ganz vorn in der Energie-Forschung mit. Bei dem Projekt geht es um die durchgehende Sicherstellung der Energieversorgung auch bei hohem Anteil erneuerbarer Energie – um die „intelligente“, gleichzeitige Steuerung von Erzeugung, Verbrauch und Speicherung erneuerbarer Energie. Und es zielt auch auf die Entwicklung von Anreiz- und Marktmodellen für alle Marktteilnehmer (regulatorischer Rahmen), die Energie produzieren, verteilen oder verbrauchen. Uns ist klar, dass wir das EEG (Erneuerbare Energien Gesetz) weiterentwickeln müssen. Dieses Projekt ist ein gutes Beispiel für die enge wirtschaftliche Zusammenarbeit der Länder Schleswig-Holstein und Hamburg, die wir weiter stärken wollen. Die Ergebnisse von NEW 4.0 werden wir in politisches Handeln übersetzen. Hierfür wollen wir auch Fördermittel aus der EU in den Norden holen.

Zugang zu schnellem Internet für Alle

Schnelles Internet ist die Basis jeder wirtschaftlichen Entwicklung. Schleswig-Holstein liegt mit rund 25 Prozent anschlussfähiger Haushalte an Glasfaser bereits jetzt vorn im Vergleich der Bundesländer. Wir verfolgen das Ziel, spätestens bis zum Jahr 2030 alle Haushalte an diese schnelle und zukunftsfähige Technologie anzubinden. Bis zum Ende der nächsten Legislaturperiode wollen wir 70 Prozent erreicht haben. Übergangstechnologien, wie Richtfunk oder Vectoring (Ertüchtigung vorhandener Kupferkabel), sollen dabei nur in Ausnahmefällen zum Einsatz kommen. Um den Ausbau des Glasfasernetzes durch private Investoren zu unterstützen, werden wir Schulen, Polizeistationen, Bibliotheken, Bildungseinrichtungen und andere öffentliche Einrichtungen an das schnelle Netz anschließen. Im Bund drängen wir auch weiterhin auf eine schnellstmögliche Absage an die Rechtsunsicherheit schaffende Störerhaftung beim Betrieb von WLAN-Netzen und Änderungen im Beihilferecht, damit die öffentliche Hand Lücken im Netz des Breitband- und Mobilfunknetzes besser schließen kann. Die Finanzierung kann u.a. durch den Verkauf der Telekomaktien aus Bundesbesitz erfolgen.

Ein schnelles Glasfasernetz und die hohe Lebensqualität sind gute Voraussetzungen, um sich als Unternehmen oder Fachkraft in Schleswig-Holstein niederzulassen. Wir werden eine Initiative zur Anwerbung von Unternehmen und Fachkräften starten, um mehr Wirtschaftskraft in den Norden zu locken.

Maritime Wirtschaft schafft blaues Wachstum

Schleswig-Holstein hat großes Potenzial im Zukunftsfeld der maritimen Wirtschaft. Sei es in der Meerestechnik, in der Ozeanforschung, der marinen Aquakultur, der Biotechnologie oder dem Spezialschiffbau. Diese Bereiche wollen wir weiterentwickeln und zu einem Schwerpunkt unserer Wirtschaftspolitik machen.

Starker Gesundheitsstandort

Schleswig-Holstein ist ein starker Gesundheitsstandort in der medizinischen Versorgung, zum Beispiel durch unser Universitätskrankenhaus (UKSH) in Kiel und Lübeck, in der Pflege oder der Reha. Viele Menschen verbringen hierzulande ihren Urlaub, um sich wieder fit zu machen. Oder sie ziehen ganz in unser schönes Land, um in Schleswig-Holstein ihren Ruhestand zu verbringen. Wir werden die Gesundheitswirtschaft weiter stärken und sie etwa bei der Suche und Ausbildung von Fachkräften unterstützen.

Nachhaltigen Tourismus ausbauen

Eine intakte Natur ist die wichtigste Grundlage für den Tourismus in Schleswig-Holstein. Die Vielfalt unserer Landschaft sowie die Strände an Nord- und Ostsee sind der Grund für viele Menschen, ihren Urlaub hier zu verbringen. Die Herausforderung der Zukunft wird sein, den Tourismus umweltverträglich, ressourcenschonend und sozialverträglich zu gestalten.

Wir unterstützen die Landesstrategie „Nachhaltiger Tourismus". Energetische Sanierungen und Modernisierungen von Beherbergungsbetrieben fördern wir weiter. Außerdem wollen wir Tourismusinitiativen mit nachhaltigen, innovativen und ökologischen Konzepten besonders unterstützen, ein Gütesiegel für Nachhaltigkeit oder eine landesweite Zertifizierung zum Beispiel können wirksame Instrumente sein. Themenkonzepte wie Bio-Hotels, Hofläden, Bio-Märkte, Radfahren (bed and bike), Wandern, Reiten, Sport und Kultur sollen zielgruppenunabhängig unterstützt werden.

Die vorhandenen Strukturen des Tourismus-Marketings für Land und Regionen wollen wir zwar weiterhin unterstützen, sehen jedoch, dass der digitale Wandel die Marketingstrukturen in der Zukunft stark verändern wird. Die hierdurch entstehenden Chancen wollen wir nutzen.

Die Tourismusstrategie des Landes hat bisher sehr auf quantitatives Wachstum gesetzt. Die Weiterentwicklung des Tourismus geht aber nur im Einklang mit der Natur.

Wichtig ist uns auch eine moderne und vernetzte Mobilität vor Ort. Dazu gehören Elektromobilität, E-Carsharing, Verkehrsreduzierung in den Tourismusorten, gute Gepäck- und Fahrradbeförderung, öffentlicher Nahverkehr, vor allem einfache und attraktive Tarife.

Ein Arbeitsmarkt für Alle!

Die Herausforderung der Zukunft wird es sein, einen Arbeitsmarkt zu schaffen, der allen Menschen gerechten und fairen Zugang und Arbeitslohn bietet. Errungenschaften, wie z.B. der Mindestlohn, dürfen nicht aufgeweicht werden. Migrant*innen muss der Weg in die Selbstständigkeit erleichtert werden. Um dies alles zu erreichen, braucht es vielfältiger Unterstützungsprogramme und Maßnahmen, für Neuzugewanderte auch in Kombination mit Sprachförderung. Ziel ist es, bürokratische Hürden abzubauen und Regelsysteme zu ertüchtigen.

Neue und gerechte Arbeit in Schleswig-Holstein

Die „schöne neue Arbeitswelt“ verunsichert uns gleichermaßen, wie sie uns fasziniert. Der trukturwandel der Arbeitswelt beschleunigt sich weltweit und auch in Schleswig-Holstein immer mehr und läutet eine Ära neuer Arbeitsorganisation ein. Neue Technologien, Globalisierung und demographischer Wandel verändern die Arbeitswelt drastisch. Darum wird sich die Gestaltungsaufgabe der kommenden Jahre drehen. Arbeit soll im Bestfall produktiv sein und machen, soll fordern und erfüllen, heraus-, aber nicht überfordern. Fachkräftesicherung, Standortsicherung, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Work-Life-Balance und Geschlechtergerechtigkeit sind daher auch für Schleswig-Holstein zunehmend wichtige Aspekte. Die vorhandenen Fort- und Weiterbildungsangebote, sowie das Angebot an Hochschulstudiengängen müssen wir stärker auf den Wandel der Arbeitswelt ausrichten. Dieser Wandel wird aber besondere Anforderungen an die soziale Gerechtigkeit stellen. Gute Arbeit hat auch viel mit gerechten Löhnen zu tun. Mit unserem Landesmindestlohngesetz sind wir bundesweit Vorreiter für eine faire Lohnpolitik. Unser Ziel ist und bleibt ein armutsfester Mindestlohn.

Wirtschaft@Digital

Wir unterstützen auch weiterhin den Ausbau öffentlicher WLAN-Hotspots sowie den Ausbau des LTE-Mobilfunks. Die Freifunkinitiativen wollen wir unter anderem durch die Anerkennung der Gemeinnützigkeit weiterhin unterstützen. Für den neuen G5-Mobilfunkstandard werden wir die notwendigen Rahmenbedingungen schaffen und den Ausbau des Glasfasernetzes weiter vorantreiben.

Die Wirtschafts- und Technologieförderung Schleswig-Holstein (WTSH), die Investitionsbank und die EU-Förderprogramme sollen viel stärker auf Digitalisierung ausgerichtet werden. Außerdem setzen wir uns auf Bundesebene dafür ein, dass neue Technologien – wie das autonomes Fahren, der Gütertransport per Drohne oder die Fernbehandlungen in der Medizin – durch gute rechtliche Rahmenbedingungen, die auch

Antworten auf die zahlreichen ethischen Fragestellungen (z. B. beim Datenschutz oder bezüglich Haftungs- und Zulassungsfragen)geben, flankiert werden.

Wir sehen die enormen Chancen der Digitalisierung für die Wirtschaft, wir kümmern uns aber auch um die Risiken. So sind Unternehmen und Arbeitnehmer im digitalen Wettbewerb zu schützen. Urheberrechte, Datenschutz, Meinungs- und Persönlichkeitsrechte müssen gewahrt bleiben. Unsere Digitale Agenda wird gemeinsam mit dem Unabhängigen Landeszentrum für Datenschutz (ULD) und all denjenigen, die sich in diesen Prozess einbringen wollen, gemeinsam weiterentwickelt.

Die Arbeitswelt im Digitalen Zeitalter bietet ebenfalls Chancen und Risiken. Wir werden dafür kämpfen, dass unsere sozialen Standards auch im digitalen Zeitalter erhalten bleiben. Die Digitalisierung und Automatisierung dürfen nicht in erster Linie zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit verstanden werden, sondern sie müssen die Arbeitswelt insgesamt verbessern. Die Entgrenzung der Arbeitszeit, den Verlust von Arbeitsplätzen und eine daraus resultierende Umverteilung von arm nach reich wollen wir mit einer kritischen Technologiefolgenabschätzung thematisieren. Wir werden die gesellschaftliche Debatte über die ethischen Folgen der Automatisierung vertiefen. Eine Ausbeutung von Arbeitnehmer*innen und das Umgehen von mühsam erkämpfter Regeln lehnen wir ab und setzen uns für eine den digitalen Realitäten angepassten Beschäftigtendatenschutz ein. Die vielfältigen Möglichkeiten der Digitalisierung in der Arbeitswelt, zum Beispiel hinsichtlicher einer flexiblen, familienfreundlichen Arbeitszeitgestaltung und die vielen Potenziale für neue Ideen und neue Wertschöpfung wollen wir nutzen.

Auf den Punkt

- Wir werden eine Nachhaltigkeitsstrategie für Schleswig-Holstein entwickeln,
- Gründungsgeist beflügeln und Start Ups fördern,
- uns für die Gemeinwohl-Ökonomie stark machen,
- die Industriewende mit erneuerbaren Energien forcieren,
- ein schnelles Glasfasernetz aufbauen,
- die Westküste zum Silicon Valley der Wasserstofftechnologie entwickeln,
- Maritime Wirtschaft, Gesundheitsstandort und nachhaltigen Tourismus ausbauen,
- Arbeitsplätze im Handwerk für die Erneuerbaren von 16.000 auf 20.000 steigern,
- einen Grünen Wohlstandsindex in unserem "Land des Glücks" etablieren.

Verkehrswende / Nachhaltigkeit voranbringen - mit gut ausgebautem und bedarfsorientiertem Nahverkehr und vernetzten Mobilitätsangeboten

Unsere GRÜNE Aufgabe ist es, die Mobilität der Zukunft zu gestalten. Wir werden für eine Verkehrswende sorgen. „Starke Linien“ und „Flexible Bedienung vor Ort“ vereinen die Individualität von Autos und Zweirädern mit den Vorzügen von Zug und Bus. Das macht den ÖPNV attraktiv und verringert sowohl die Emissionen als auch den

Ressourcenverbrauch. Das ist gut für die Menschen und schützt das Klima. Den Individualverkehr modernisieren wir mit modernen Konzepten wie E-Bikes, Carsharing und Elektromobilität. Mit innovativen Mobilitäts-Apps, attraktiven Tarifen und Angeboten in Stadt und Land machen wir Schleswig-Holstein mobil.

Strukturen für E-Mobilität ausbauen

Wir wollen in Schleswig-Holstein zeigen, wie Elektromobilität und autonomes Fahren funktionieren kann. Entsprechende Ankündigungen hat es genug gegeben. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die öffentliche Hand mit gutem Beispiel vorangeht – mit mehr Dienstfahrzeugen im Elektrobetrieb und E-Tanksäulen an öffentlichen Einrichtungen. In den Tourismusorten wollen wir uns ein Beispiel an der Schweiz nehmen und eine Teststrecke für elektrische, autonome Shuttle-Busse einrichten. Sicherheit hat hier für uns oberste Priorität.

In den vergangenen Jahren hat die von uns getragene Landesregierung damit angefangen, ein Ladenetz auch mit öffentlichen Geldern aufzubauen. Jetzt geht es darum, neben privaten E-Mobilen ein intelligentes Verkehrssystem zu installieren, das unsere Innenstädte vom Verkehr entlastet und im ländlichen Raum eine hochflexible Mobilitätsinfrastruktur bereithält.

Bereits heute sind in jeder Straße zahlreiche Elektroanschlüsse vorhanden, die zu Ladestationen für Elektrofahrzeuge umgerüstet werden können: die Straßenlaternen. Wir wollen prüfen, wie das Land dazu beitragen kann, Straßenlaternen zu Ladesäulen umzurüsten. So könnte schnell und günstig ein flächendeckendes Ladenetz entstehen, das gleichzeitig als Energiespeicher für Strom zu nutzen ist.

Förderprogramm Elektrobusse für unseren ÖPNV im ganzen Norden

Text von Phillip mit neuen Zahlen für E-Busse

Sozialverträgliche Transformation Der Mobilität

Wir wollen Wege finden, die Landesbauordnung dahingehend zu erweitern, dass zukünftig bei Neu- und Erweiterungsbauten eine sinnvolle Anzahl Schnellladesäulen für die Elektromobilität eingerichtet werden können.

Dies ist für eine sozialverträgliche Transformation der Mobilität unverzichtbar; die Nutzung von E-Mobilen darf kein Privileg von Eigenheimbesitzern sein.

Lademöglichkeiten am Arbeitsplatz und auch im Umfeld touristischer Angebote sind ebenfalls wichtig, um die Elektromobilität voran zu bringen.

Vernetzte Mobilität – wir wollen das Land bewegen

Unsere Vision von Mobilität ist, dass alle Verkehrsmittel - also Busse, Bahnen und Autos - in Schleswig-Holstein vernetzt und zusammen nutzbar sind. Anbieter sollen ihre Verkehrsdaten - dazu gehören auch freie Plätze in PKWs - und Preise für die von ihnen bedienten Strecken und Zeiten freigeben – ein onlinebasiertes und an den Erfordernissen der Nutzer*innen ausgerichtetes Netzportal bündelt dann die Angebote und berechnet die jeweils besten Mobilitätsmöglichkeiten. Wir werden den Rahmen setzen, damit die verschiedenen Mobilitätsanbieter untereinander stärker zusammenarbeiten. Mobilitätsangebote sollen aufeinander abgestimmt sein und sich so insbesondere auch bei Ausfällen flexibel ergänzen. So erreichen wir, dass weniger Menschen alleine oder zu zweit im Auto fahren.

Lebenswerte Städte sind für Alle da

Derzeit werden viele Städte durch den Autoverkehr dominiert. Breite Straßen, große versiegelte Flächen, die ausschließlich durch parkende Autos genutzt werden, Lärm, Abgase, Staus, Parkplatzknappheit und zugeparkte Gehwege prägen häufig das Leben in unseren Städten.

Wir wollen uns dafür einsetzen, dass die Innenstädte wieder lebenswerter werden, und den Fußgänger*innen und Radfahrer*innen mehr Raum in der Stadtgestaltung geben. Dafür soll das Land starke Anreize setzen: für mehr Carsharing,Fahrradverleihsysteme, autofreie und verkehrsberuhigte Zonen, sinnvolles Parkraummanagement, Begegnungs- und Spielzonen, einen Zuwachs an Grünflächen sowie familien- und seniorengerechtere Stadträume, die für alle da sind.

Mobilität ohne Lärm

Bislang prägt der Lärm von Autos, Lastwagen, Flugzeugen und auch des Schienenverkehrs unsere Wahrnehmung von Mobilität. Konsequenter Lärmschutz steht für uns Grüne daher im Vordergrund, dazu gehört in erster Linie Verkehrsvermeidung, aber auch mit Tempolimits und Flüsterasphalt auf der Straße, Lärmsanierung an bestehenden Bahnstrecken, Lärmpausen an Flughäfen. Bei Lärmsanierungen müssen endlich auch dieselben Grenzwerte wie beim Neubau gelten, denn einen Gewöhnungseffekt gibt es nicht beim Lärm.

Am Hamburger Flughafen hat sich gezeigt, was eine Lärmpause in der Nacht bewirken kann – wenn sie konsequent eingehalten wird. Auch der Verkehr ist nicht zusammengebrochen, wie die Luftverkehrswirtschaft vorher behauptet hatte. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Ausnahmeregelungen für den Hamburger Flughafen deutlich eingeschränkt werden und tatsächlich zwischen 22 Uhr und 6 Uhr Ruhe in den Einflugschneisen über Schleswig-Holstein herrscht.

Den Ländlichen Raum erfahren

Mehr als 90 Prozent von Schleswig-Holstein sind ländlich geprägt. Auf dem Land wird das Auto auch in Zukunft wichtigstes Verkehrsmittel sein. Wir verfolgen das Ziel, Autofahren umweltfreundlicher zu machen. Dort sind heute das Auto und Zweirad die wichtigsten und leider allzu häufig einzig verfügbaren Verkehrsmittel. Hinzu kommen die Herausforderungen des demographischen Wandels im ländlichen Raum. Auch Menschen mit Mobilitätseinschränkungen und dem Wunsch nach einem Verzicht auf das Auto brauchen einen bedarfsgerechten, öffentlichen Nahverkehr. Um das Angebot neu aufzustellen müssen flexible Angebote wie Anruf-Sammeltaxis, Bürger*innenbusse oder Rufbusse weiter entwickelt werden.

Um den Anteil an E-Mobilität im ländlichen Raum zu erhöhen, wollen wir außerdem die öffentliche Infrastruktur anpassen und zum Beispiel mit dem „Modellprojekt Digitale Bundesstraße 5“ testen. An den Verbindungsknoten von Straßen, Bahnhöfen und Bushaltestellen des öffentlichen Verkehrs brauchen wir mehr Park-und-Ride Plätze und Mobilitätsstationen, um den Umstieg vom Auto auf den öffentlichen Nahverkehr zu erleichtern. Wir werden auch weiterhin dafür werben, die Gemeindeverkehrsfinanzierungsmittel einzusetzen, um die notwendige Verkehrswende zu beschleunigen.

Das Fahrradfahren voranbringen

Besonders im lokalen Radius von null bis fünf Kilometern ist für den alltäglichen Verkehr etwa zur Arbeit, (Hoch-) Schule und Ausbildungsstätte hohes Steigerungspotential vorhanden. Für das betriebliche Mobilitätsmanagement spielen

Fahrrad und Pedelec eine wichtige Rolle. Untersuchungen haben zudem ergeben, dass radfahrende Mitarbeiter*innen seltener krank sind. Daher wollen wir landeseigene Dienstwagen um Dienstrad und Pedelec ergänzen sowie Einrichtungen und Unternehmen beim Aufbau der nötigen Infrastruktur wie E-Ladesäulen oder auch Fahrradboxen unterstützen, um ihre Mitarbeiter*innen zum Umstieg auf das Fahrrad zu bewegen.

Wir werden uns dafür einsetzen, dass innerhalb geschlossener Ortschaften geschützte Fahrradwege / geschützte Radverkehrsanlagen/ Fahrradstreifen auf Straßen, je nach den örtlichen Begebenheiten, eingerichtet und Verkehrsampeln mit Fahrradampeln ausgerüstet werden. Die geplante Gründung der kommunalen Arbeitsgemeinschaft zur Förderung des Fuß- und Radverkehrs in Schleswig-Holstein - die RAD.SH – werden wir in dem dafür notwendigen Umfang unterstützen.

Mit Pedelecs (E-Fahrrädern) können auch in unserem Hügelland und bei häufigem Gegenwind im ländlichen Raum mehr Wege umweltfreundlich zurückgelegt werden. Menschen, denen die Nutzung von Fahrrädern zu beschwerlich ist, gewinnen mit Pedelecs unter Umständen neue Mobilität. Vorausgesetzt, wir stellen gut ausgebaute und sichere Wege zur Verfügung und bieten sichere Abstellplätze. Dafür werden wir den Radwegeausbau außerörtlich weiter voranbringen und die landeseigene Infrastruktur mit Ladestationen und Abstellboxen für E-Fahrräder ausstatten.

Das überörtliche Radwegenetz soll im Sinne des landesweiten Radverkehrsnetzes vervollständigt werden. Vorhandene Radwege werden saniert. Neue Radschnellwege sind zu bauen und sinnvoll an Hamburg, Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern und Dänemark anzubinden. Wir wollen durch Gesetzesänderung dafür sorgen, dass Radschnellwege (nach dem Vorbild von NRW) Landesstraßen sein werden. Wir setzen uns für Mindesstandards, wie die ERA 2010, ein. Die Möglichkeiten der Fahrradmitnahme in öffentlichen Verkehrsmitteln müssen verbessert werden. Bei Ausschreibungen von Nahverkehrsstrecken sollen folgende Serviceleistungen verpflichtend festgeschrieben werden: die kostenlose Fahrradmitnahme im Schienennahverkehr außerhalb der Berufsverkehrszeiten und der Einsatz von Waggons mit breiten hindernisfreien Einstiegen zum schnellen und einfachen Ein- und Ausladen von Fahrrädern.

Elektrifizierungskampagne für die Bahn - "Netz 25+"

Nur, wenn wir die Energiewende auch auf der Schiene einleiten, werden wir die Klimaschutzziele erreichen. Mit Dieselloks und Dieseltriebwagen ist das nicht zu leisten: Die Umstellung auf Elektroantrieb aus erneuerbaren Energien steht an.

Dazu haben wir das Konzept “Netz 25+” entwickelt. "Netz 25+" will die Energiewende auf die Schiene bringen. Wir setzen uns im Rahmen dieses Konzeptes für eine Elektrifizierungskampagne des gesamten Schienennetzes in Schleswig-Holstein ein und werden bei Bedarf auch ergänzende Landesmittel zur Verfügung stellen. So können wir schneller, leiser und umweltgerechter mit der Bahn unterwegs sein.

Wir wollen nicht nur Oberleitungen bauen. Elektrifizierung der Strecken ist nicht überall wirtschaftlich realisierbar. Dort könnten in Zukunft innovative und klimagerechte Antriebe zum Einsatz kommen, z.B. Triebwagen, bei denen Brennstoffzellen mit Wasserstoff elektrischen Strom an Bord erzeugen. Gerade Wasserstoff lässt sich im Vorzeige-Land der Energiewende aus Windkraft umweltfreundlich gewinnen.
Wir würden es begrüßen, wenn möglichst viele Bahnhöfe mit Solarenergie der Bahnsteigüberdachungen versorgt werden.

Ausbau von Schienenstrecken und von S-Bahnen im Hamburger Rand

Im Hamburger Rand hat der Ausbau der S- und U-Bahn-Strecken für uns weiterhin höchste Priorität. Wir wollen die S 21 im Norden Richtung Kaltenkirchen und im Süden Richtung Geesthacht ausbauen. Die Netzerweiterung mit der S 4 zwischen Bad Oldesloe und Pinneberg/Elmshorn (mit einem zusätzlichen Gleis) ist für eine klimafreundliche Mobilität in der Metropolregion Hamburg unverzichtbar. In Norderstedt wollen wir die U 1 ausbauen.

Wir setzen uns dafür ein, dass Züge im gesamten Schienennetz schneller werden. Die vielerorts veraltete Infrastruktur (Signal-, Gleis- und Steuerungstechnik) muss modernisiert und eingleisige Streckenabschnitte sollen um ein weiteres Gleis erweitert werden. Diese Engpässe wollen wir mit dem Bund vorrangig beseitigen. Auch auf den Nebenstrecken sollen Züge grundsätzlich 120 Stundenkilometer fahren können und so Menschen schneller ans Ziel bringen.

Durch die von uns bisher schon betriebenen Ausschreibungen des Personennahverkehrs auf der Schiene, konnten wir Qualität und Häufigkeit des Angebots verbessern. Diesen Weg gehen wir weiter und werden vor allem für Qualitätsmerkmale wie freies WLAN, mitsamt ausreichend Steckdosen und eine Erhöhung der Zahl von Zugbegleiter*innen einsetzen. Wo sich der Schienenausbau nicht lohnt, werden wir uns für ein landesweites Schnellbusnetz einsetzen.

Wir machen uns weiterhin für den Ausbau des Schienenverkehrs in Ballungsräumen stark. Deshalb werden wir dafür streiten, die Option im Landesnahverkehrsplan zu nutzen und bei der Ausschreibung des Bahnnetzes den Einstieg in einen S-Bahn-Betrieb in der Region Lübeck ab 2019 zu sichern. Es ist ein getakteter Betrieb auf vorhandener Infrastruktur und eine Anbindung an benachbarte S-Bahnsysteme anzustreben.

Wir wollen auch, dass Züge im gesamten Schienennetz schneller werden. Dazu ist die Infrastruktur auszubauen. Die Signaltechnik ist stellenweise veraltet, stammt aus dem vorherigen Jahrhundert. Ganze Strecken sind teilweise nur eingleisig. Diese Engstellen wollen wir mit dem Bund vorrangig beseitigen. Auch auf den Nebenstrecken sollen Züge grundsätzlich 120 Stundenkilometer fahren können und so Menschen schneller am Ziel ankommen.

Durch die von uns bisher schon betriebenen Ausschreibungen des Personennahverkehrs auf der Schiene konnten wir Qualität und Häufigkeit des Angebots verbessern. Diesen Weg gehen wir weiter und werden vor allem die im Zeitalter des Smartphones relevanten Qualitätsmerkmale wie freies WLAN auch in der 2. Klasse anbieten, mitsamt ausreichend Steckdosen. Wo sich der Schienenausbau nicht lohnt, werden wir uns für ein landesweites Schnellbusnetz einsetzen.

Gegenüber dem Bund werden wir initiativ, damit wir Schienennebenstrecken kaufen und mit einer landeseigenen Infrastrukturgesellschaft selbst ausbauen, elektrifizieren und betreiben können. Gerade die stillgelegten Strecken wie Geesthacht - Nettelburg, Wrist – Kellinghusen, Rendsburg – Fockbek, Neumünster – Plön und Flensburg – Niebüll bieten sich dafür an.

Nord-Tarifverbund - transparent, durchlässig, günstig
Wir wollen den komplizierten und ungerechten Tarifdschungel in Schleswig-Holstein mit NAH.SH und HVV lichten. Dafür wollen wir zügig durch Verhandlungen mit Hamburg und Niedersachsen einen gemeinsamen, transparenten Nordtarif mit durchgängigen Fahrkarten schaffen. So bringen wir die verschiedenen Anforderungen unserer Metropolen und unserer ländlichen Räume an den öffentlichen Nahverkehr zusammen.

Wir wollen für verschiedene Nutzer*innengruppen wie z.B. Pendler*innen, Studierende, Auszubildende, Tourist*innen oder sozial benachteiligte Gruppen passgenaue Angebote schaffen. Wir streben an, dass alle BahnCards auch in Schleswig-Holstein vollumfänglich anerkannt werden.
In einem weiteren Schritt kann es richtig norddeutsch werden. Wir können den Verbund auf Bremen Mecklenburg-Vorpommern und ganz Niedersachsen erweitern.

Außerdem werden wir die Grundlagen für neue Finanzierungsmodelle im Nahverkehr prüfen. Dazu gehören im ersten Schritt solidarische Finanzierungsmodelle wie z.B. das Semesterticket.

Unsere langfristige Vision ist, das Recht auf Mobilität für alle zu verwirklichen und einen kostenlosen ÖPNV in ganz Schleswig-Holstein anzubieten. Der Zugang zu Mobilität entscheidet mehr denn je über gesellschaftliche Teilhabe. Gleichzeitig erhöht ein kostenloser Nahverkehr die Attraktivität des Wirtschaftsstandortes Schleswig-Holstein.

Erhalt vor Neubau – Digitale Infrastruktur für die Straße mitplanen

Der Erhalt unserer Infrastruktur ist für uns Grüne eine wichtige politische Aufgabe. Die Infrastruktur wurde in den vergangenen Jahren vernachlässigt. Kaputte Straßen und Brücken, alte Schienen und Signaltechniken müssen saniert werden. Das Problem: die Hauptbelastenden der Infrastruktur (wie schwere Lastkraftwagen) sind nicht in dem Umfang zur Finanzierung herangezogen, wie sie auf Bundes, Landes- und Kreisstraßen zur Abnutzung beitragen. Wir werden uns daher auf Bundesratsebene dafür einsetzen, die LKW-Maut künftig auf allen außerörtlichen Straßen zu erheben.
Fakt ist: Die öffentlichen Haushalte sind auf Kante genäht, und der Bund steht nicht ausreichend zu seiner Finanzierungsverantwortung. Für uns gilt bei der Infrastruktur der Grundsatz „Erhalt vor Neubau“.

Wir haben die Planungen für die A 20 mitgetragen, obwohl wir nach wie vor überzeugt sind, dass die Bedarfsprognosen einen Neubau dieser Strecke nicht rechtfertigen. Aber die Entscheidung über den Fortbau der A 20 fällt in Berlin. Der Bundesverkehrswegeplan hat diese Straße erneut hoch priorisiert. Nur eine andere Bundesregierung und eine andere Verkehrspolitik kann das ändern. Wir haben mit unserem Vorschlag „Der grüne Weg nach Westen“ deutlich gezeigt, wie die notwendige Ost-West-Verbindung in Schleswig-Holstein unter Umgehung Hamburgs mit der A 20 und dem Ausbau der vorhandenen Bundesstraßen sinnvoll realisiert werden kann. Diesen Weg wollen wir weitergehen.

Mit den Grünen wird es keinen Abbau von rechtsstaatlichen Prinzipien und von Bürgerrechten geben. Wir werden das Verbandsklagerecht im Naturschutz politisch verteidigen und uns dafür einsetzen, dass diese zivilgesellschaftliche Errungenschaft bewahrt bleibt.

Die FFBQ lehnen wir aus ökonomischen und ökologischen Gründen weiterhin ab. Die Verkehrsprognosen rechtfertigen die notwendigen Finanzmittel in keiner Weise. Die Belastung für die Menschen im Hinterland (Ostholstein, Lübeck, Stormarn, Herzogtum Lauenburg) und die sensible Natur im Fehmarnbelt ist für uns unakzeptabel. Wir fordern die Bundesregierung auf, sich für einen Ausstieg aus dem Staatsvertrages mit Dänemark einzusetzen.

Für uns gilt die Maxime: Wenn der Bund neue Straßen in Schleswig-Holstein bauen will, dann muss mit Blick auf die Zukunft auch eine ergänzende digitale Infrastruktur mitgeplant werden. Für den Ausbau der B 5 setzen wir auf eine

straßenbegleitende Funktechnik, um zukünftigen Ansprüchen an Verkehrsplanung gerecht zu werden sowie auf eine ausreichende Ladeinfrastruktur für E-Mobile entlang der Strecke. Wir setzten uns dabei dafür ein, dass keine individuelle Überwachung von Verkehrsteilnehmern möglich wird.

Verkehr auf dem Wasser voranbringen – Nord-Ostseekanal sanieren

Schleswig-Holstein, das Land zwischen den Meeren, hat auch eine Verantwortung für seine Wasserstraßen. Sie sind für uns ein wichtiges Element zur ökologischen Verkehrslenkung. Dafür brauchen wir gut ausgebaute Häfen. Wir wollen die Liegezeiten verkürzen, die Schienenanschlüsse herstellen oder optimieren, und vor allem Schiffe mit sauberer Energie versorgen, insbesondere während der Liegezeiten.

Der Nord-Ostsee-Kanal (NOK) ist und bleibt für uns die Wasserstraße mit höchster politischer Priorität. Der NOK ist mit seinen angrenzenden Gewässern auch für den Wassertourismus und die Entwässerung der Flächen von großer Bedeutung. Darum werden wir mit dem Bund Lösungen suchen, wie diese Aufgaben gemeinsam sinnvoll umgesetzt und finanziert werden können.

Gemeinsam mit den anderen norddeutschen GRÜNEN setzen wir uns für eine tragfähige Hafenkooperation mit einem abgestimmten norddeutschen Hafenkonzept ein. Die Häfen sollten sich nicht nur als Konkurrenten begreifen, sondern dafür sorgen, dass sie jeweils ihre eigenen Stärken nutzen.

Eine weitere Vertiefung der Unterelbe lehnen wir ab. Sie ist ökologisch problematisch und birgt erhebliche Risiken mit unkalkulierbaren finanziellen Folgelasten. Diese betreffen die Deichsicherheit, die Verschlickung der Nebenflüsse und Häfen, die Vergrößerung des jährlichen Sauerstofflochs in der Unterelbe sowie die Störung von Flora und Fauna im Fluss.

Saubere Antriebe für Schifffahrt und Marine

Der Betrieb von Schiffen mit Erdgas (liquefied natural gas, LNG) ist eine bessere Option als der oft schmutzige Schiffsdiesel. Wir wollen die notwendigen Rahmenbedingungen auf Verwaltungsebene schaffen, damit diese Schiffe auch in den schleswig-holsteinischen Häfen betankt werden können. Perspektivisch soll der Schiffsverkehr aber mit Erneuerbaren Energien betrieben werden. Wir werden prüfen, welche Initiaitiven zu diesem Zweck angestoßen oder gefördert werden können.

Als Marinestandort ist uns in Schleswig-Holstein der umweltfreundliche Betrieb der Marineschiffe ein Anliegen. Sie sollten zumindest mit den modernsten und umweltverträglichsten Antrieben ausgestattet werden. Dies werden wir gegenüber der Bunderegierung einfordern.

Bessere Seeluft für alle - Landstromanschlüsse stärken
Wir GRÜNE fordern mehr Landstromanschlüsse, insbesondere für unsere stark frequentierten Häfen Kiel, Lübeck und Flensburg. Wir werden Möglichkeiten prüfen und die besten davon umsetzen, um die Einrichtung und Nutzung von Landstromanschlüssen zunächst in Kiel, Lübeck und Flensburg insbesondere für Kreuzfahrtschiffe zu erleichtern. Dazu gehört auch eine erneute Initiative auf Bundesebene den Landstrom für Schiffe von der EEG-Umlage zu befreien. Diese Maßnahmen sollen das Zieldreieck Umweltschutz, Klimaschutz und Lungenschutz im Bereich der Häfen bestmöglich zu realisieren und die Anwohner*innen und Erholungssuchende nicht weiter unnötig zu belasten.

Ja zur Traditionsschifffahrt

Als Bewohner*innen eines Touristiklands achten wir die Traditionsschifffahrt. Wir werden uns weiter im Land und Bund dafür einsetzen, dass Traditionsschiffe die gesetzlichen Rahmenbedingungen erhalten, die einen wirtschaftlichen Betrieb gewährleisten.

Verkehr@Digital

Auf unserer Agenda steht eine landesweite Open-Data-Strategie.
Wenn wir zum Beispiel die Informationen öffentlich machen, wann welche Ampel rot oder grün ist, können etwa Apps entwickelt werden, die zusammen mit den Verkehrsdaten des Öffentlichen Nahverkehrs, Staumeldungen und Carsharing- und/oder Mietrad-Verfügbarkeiten in Echtzeit das günstigste, schnellste und klimafreundlichste Angebote ausweisen können. Mit den Verkehrsdaten des Öffentlichen Nahverkehrs in Echtzeit werden Angebote zudem transparenter und kundenfreundlicher. Die Digitalisierung ermöglicht es künftig, z.B. mit einem Smartphone oder einer Chipkarte das Ein- und Aussteigen zu registrieren und die Fahrkosten zum günstigsten Tarif am Monatsende abzurechnen. Wir setzen uns gleichzeitig dafür ein, dass im fahrscheinlosen Nahverkehr ein anonymer Erwerb von Fahrkarten und eine anonyme Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs weiterhin möglich bleibt.

Auf den Punkt

- Wir werden ein Schnellladenetz für E-Mobilität ausbauen,
- mehr Elektrobusse durch ein ambitioniertes Förderprogramm unseres Landes ermöglichen,
- im ländlichen Raum durch ein attraktives Nahverkehrsangebot die Verkehrswende einleiten und durch hochflexible Mobilitätsinfrastruktur Verkehrsmittel venetzen,
- den Menschen in Städten mehr öffentlichen Raum überlassen,
- die vernetzte Mobilität voranbringen,
- den Fahrradverkehr ausbauen, Radwege, sichere Abstellmöglichkeiten, Mitnahmemöglichkeit im ÖPNV bereitstellen,
- unsere Elektrifizierungskampagne für die Bahn starten,
- den Bau der S4 und S 21 im Hamburg Rand voranbringen,
- den Nord-Tarifverbund mit Hamburg verhandeln,
- für Bahn, Bus und Straßen lückenlos WLAN ausbauen,
- sauberen Antrieb für Schiffe und Landstromanschlüsse in unseren Häfen Flensburg, Kiel und Lübeck ermöglichen.